

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

### **1) Gemeinwesenarbeit**

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich darf heute meinen Antrag zum Thema Gemeinwesenarbeit einbringen. Einen ähnlichen Antrag haben wir bereits im Oktober 2013 auch schon eingebracht. In Graz hat sich vieles verändert durch einen sehr, sehr starken Zuzug, durch viele Menschen, die neu auch in unserer Stadt wohnen, sind auch die Bedürfnisse sehr, sehr groß geworden. Auch der Rückzug in das Eigenheim ist weitaus größer geworden, die Menschen gehen teilweise nicht mehr auch auf andere zu und genau hier wäre es Aufgabe einer gut strukturierten konzeptionellen Gemeinwesenarbeit, auch entgegenzuwirken.

Aus diesem Grund darf ich erneut den

### **dringlichen Antrag**

stellen,

1. dass die zuständigen Stellen damit beauftragt werden, gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Gemeinwesenarbeit entsprechende Konzepte auszuarbeiten und notwendige Vorgaben zu machen, damit im Sinne der Grundsätze Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit die dafür aufgewendeten Mittel auch möglichst nachhaltig verwendet werden und es zu einer interdisziplinären Arbeit, wie im Motivenbericht beschrieben, kommen kann.

2. Der Bericht ist dem Gemeinderat bis März 2015 vorzulegen, der schon im Februar 2014 eigentlich vorzulegen war, um eine finanzielle Steuerung darüber hinaus zu ermöglichen, denn, und davon sind wir überzeugt, es ist wichtig, dass wir als Stadt Graz Gemeinwesenarbeit definieren und die Träger danach arbeiten können und nicht die Träger unserer Stadt die Gemeinwesenarbeit definieren.

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Liebe Martina! Wir haben deinem letzten Antrag schon zugestimmt und empfinden das als sehr positiv. Ich habe immer wieder geschaut, wann diese Antwort kommt, leider ist sie nicht gekommen, ich habe eigentlich gedacht, die ÖVP ist mächtiger, scheint doch nicht so zu sein. Ich mache mir die Mühe, dass ich da herauskomme und sage, dass wir der Dringlichkeit und dem Antragstext zustimmen, weil du dir auch so viel Mühe gemacht hast, den gleichen Antragstext noch einmal zu nehmen (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Gemeinwesenarbeit ist ein Thema, das in den letzten Jahren sehr im Mittelpunkt steht, von verschiedenen Seiten auch diskutiert und behandelt wird. Dem vorliegendem dringlichen Antrag können wir aber nicht zustimmen und zwar weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt entsprechend und zwar es ist so, dass hier vor allem auch im Mittelpunkt steht, dass Doppelgleisigkeit vermieden werden soll, die Wirtschaftlichkeit geprüft, wie auch immer, geht davon aus, dass eigentlich Gemeinwesenarbeit ressortübergreifend überall verankert ist, was ja aber an sich so nicht der Fall ist. Weil es gibt einen einzelnen Bereich in der Zuständigkeit der Stadträtin Elke Kahr und der Auftrag dieses Ressorts bezieht sich aber nur auf den Aspekt des Zusammenlebens. Da geht es um die Koordination von Stadtteilarbeit, Konfliktarbeit in Nachbarschaften, es geht um Stadtteilzentren und Projekte und da ist

das Angebot natürlich in dem Rahmen so gesteckt, dass es an sich noch viel mehr finanzielle Mittel brauchen würde, es würde mehr Unterstützungsbedarf für die Menschen geben. Das ist in der Form nicht gegeben, es würden mehr Nachbarschaftszentren auch und viele Formen der Vernetzung. Also es gibt in dem Bereich ein Konzept, es gibt auch die nötigen Vorgaben, die da ja auch eingefordert werden und eine Arbeitsgruppe arbeitet daran, wo eben Stadtteilzentren in Graz prinzipiell auch nötig wären, und eigens finanzierte Stadtteilarbeit in allen Gebieten von Graz ist jetzt bezogen auf das Zusammenleben nicht leistbar. Wenn man sich dann also die Koordination anschaut von Gemeinwesenarbeit, weil es gibt in anderen Ressorts Teilbereiche, Projekte, die kurzfristig auch finanziert werden, würde es natürlich bei Gemeinwesenarbeit darum gehen, dass alle Aktivitäten im Zusammenleben sämtlicher sozialer, also sämtliche Aktivitäten, die das soziale Leben berühren, dass es da eine Koordination geben soll. Es scheint aus unserer Sicht vorderhand einfach nicht realistisch, weil ein übergeordnetes Konzept, das eben alle Anlassfälle abdeckt, ist ebenfalls nicht realistisch, weil die Praxis einfach viel zu breit, zu heterogen und unvorhersehbar ist, das heißt, ein Gesamtkonzept über alle Teilbereiche erscheint nicht möglich und vor allem auch nicht zielführend, wenn es gar nicht die finanziellen Mittel gibt, um all diese Ansätze, die da wichtig sind, auch finanzieren zu können, deshalb werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas:** Liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Martina! Ich habe es dir schon zuerst gesagt, also es gibt einen Auftrag aus dem Oktober 2014 und ich denke mir, wir sollten diese Arbeitsgruppe einmal weiterarbeiten lassen, ich bin selber dort Mitglied. Und ich denke mir, wir sollten die Kritik dort anbringen, vielleicht den Prozess, den ich beschrieben habe dort, es geht um einen Prozess, den wir miteinander zusammengehen können und sollten und da denke ich mir, der Antrag, der ist ja nicht

neu, der ist derselbe Inhalt, sagst du ja selber. Werden wir die Zustimmung nicht teilen weder im Inhalt noch in der Dringlichkeit. Danke (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann**: Ja, liebe Ulli, es ist wichtig, dass es ein gemeinsames Konzept gibt, da bin ich schon der Meinung und zwar aus einem einfachen Grund, weil es auch andere Städte zusammenbringen und weil da viele Ressourcen gemeinsam genutzt werden können und dieses Konzept, von dem du gesprochen hast, ja wäre gut, aber der Gemeinderat kennt es noch nicht.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) angenommen.***

## **2) Evaluierung der Zielerreichung bei Integrationsmaßnahmen von Konventionsberechtigten und Aufenthaltsberechtigten nach dem Asylverfahren**

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe einen Antrag zur Evaluierung der Zielerreichung bei Integrationsmaßnahmen genannt, es geht mir aber in dem Inhaltsantrag generell darum, dass wir sehr oft den Blick ganz stark auf eine Maßnahme setzen, auch auf die Zeit, wo eine Maßnahme gesetzt wird, auf die Anbieter setzen,

aber ganz selten nachschauen, ob auf längere Sicht das, was wir Menschen anbieten und mit dem wir Menschen schulen, auch etwas bewirkt hat. Konkret geht es halt in diesem Fall um den Bereich der Integration von Asylwerbern, das heißt von Konventionsflüchtlingen beziehungsweise subsidiär Schutzbedürftigen. Wir haben da das Problem, wie wir es auch in der Jugendwohlfahrt häufig haben, dass es Zeitpunkte gibt, an denen eine Unterstützung einfach abbricht und nachher fragt niemand mehr nach, was ist jetzt wirklich aus den Menschen geworden. Ich habe zwei Beispiele herausgesucht, ich habe es beim Antrag auch ausgeschickt, einmal geht es um Jugendliche, die als Minderjährige kommen, meistens so mit 16/17, Punkt 18 Jahre werden sie vom Land aus der UMF-Betreuung, also aus der Betreuung unbegleiteter Minderjähriger, entlassen, dann haben sie, wenn sie Glück haben und subsidiär schutzberechtigt sind, genau noch ein Jahr Zeit, dass sie einen Schnellsiedekurs Deutsch über das AMS und meistens so eine Anlehre im Baubereich noch machen können, dann werden sie aus der WG ausgeschlossen, dann ist vorbei. Dann weiß kein Mensch mehr, was ist aus diesen Menschen geworden. Ein zweites Beispiel, das mir auch erst vor kurzem untergekommen ist von einem jungen Mädchen, das über den Familiennachzug gekommen ist, wo tatsächlich dann auch die Auflage war, dass sie eine Schule besucht, ist auch finanziert worden, ist dann in der Regel die Schule der Caritas in der Mariengasse, wo es sehr stark um Fähigkeiten im Haushaltsbereich und Ähnliches geht, auch natürlich grundsätzliche Ausbildung in Deutsch. Dann ist das Mädchen knapp 17, Schule beendet, kommt nach Haus. Ich weiß in dem Fall, wie es ausgegangen ist. Nach eineinhalb Jahren, nachdem sie nichts weiter machen dürfen, hat sie dann heiraten müssen und seitdem hat das Mädchen nichts mehr anderes gemacht. Ich denke mir, dass es notwendig ist, Menschen zu fördern. Ich glaube aber, dass es ganz wichtig ist, auch nach einem gewissen Zeitraum nachzuschauen, ob das, was wir hier anbieten, was wir machen, tatsächlich angekommen ist und ob die Menschen damit etwas anfangen können, ob sie sich damit besser in der Gesellschaft zurecht finden, eigenständig sind, besser integrieren können etc. Dazu fehlt, und das weiß ich, die rechtliche Grundlage. Ganz banal geht es mir

darum, dass man eine rechtliche Grundlage schafft, in dem Fall speziell im Bereich der Konventionsflüchtlinge und subsidiär Schutzbedürftigen, aber ich denke, man sollte generell, gerade auch in der Jugendwohlfahrt, darüber nachdenken, ob man nicht eine Grundlage schafft, dass man zumindest die ersten drei Jahre die Adresse einem Träger oder der Stadt bekanntgeben muss, sodass noch einmal nach einem gewissen Zeitraum nachgeschaut werden kann, ob diese Maßnahme, die da gesetzt wurde, tatsächlich etwas Positives bewirkt hat.

Daher ist mein

### **dringlicher Antrag:**

Die Steiermärkische Landesregierung und das Bundesministerium für Inneres werden aufgefordert, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Asylwerber-Betreuung und Integrationshilfe so zu gestalten, dass eine Bewertung des Erfolgs zumindest bis drei Jahre nach Abschluss der gewährten Unterstützung möglich gemacht wird.

Ich bitte um Unterstützung (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Euch ist es also wirklich wichtig, was aus den Menschen wird. Wieso lasse ich dann Menschen zuwandern und verspreche ihnen, bei uns geht es uns besser, wenn sie dann eine niederschwellige Ausbildung kriegen und schlussendlich weiß ich ganz genau, dass die Arbeitslosenrate gerade bei den niederschweligen Berufen wahnsinnig hoch ist. Das entzieht sich meiner Logik zum Beispiel. Aber du hast bestimmt noch mehr gut gemeinte Ideen, die du bestimmt deinen Kollegen in der Bundespartei präsentieren kannst, weil die hätten solche Dinge zum Beispiel in der Hand. Weil das ganze Thema fällt in die Verantwortung des Bundes und diese Kostenexplosion kann nicht an die Gemeinden abgewälzt werden. Es

gehören Lösungen her, das Ganze muss besser überdacht werden und zusätzlich muss ich sagen, ich meine, was soll aus jemandem werden, der Ausbildung für einen Hilfsarbeiter am Bau kriegt oder aus einem Mädchen, einem 17-jährigen, die eine Ausbildung hat zur Haushaltführung, was für Arbeit soll die kriegen, das frage ich mich da bei diesen tollen Beispielen zum Beispiel. Unser Lösungsansatz ist eine Verschärfung der Zuwanderungspolitik, Nachschärfung der Asylgesetze und dass man sich einfach Gedanken macht und diese Dinge einmal zu Ende denkt, was wird aus diesen Menschen (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

GR. **Luttenberger** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage gleich dazu, wir haben am Montag eine Diskussion schon im Klub gehabt über den Inhalt, aber wir werden dem Inhalt zustimmen. Die Sorge, die wir gehabt haben, ich meine, ich komme aus dem Gewerkschafts- und Kammerbereich und es ist ja auch bei uns in der Arbeiterkammer eine Diskussion und bei der letzten Vollversammlung hat es Abstimmungen gegeben, wo eben gefordert wurde, dass die Asylverfahren, auch von unserer Seite, beschleunigt werden, denn das ist natürlich ein Problem, das kann man ja nicht wegdiskutieren. Aber gleichzeitig gibt es ein weiteres Problem mit Damen und Herren, die einen Status haben, die weder anerkannt sind noch warten darauf und in Wirklichkeit nur derzeit als Erntehelfer oder als Prostituierte arbeiten können, das muss man ja auch einmal sagen. Und das ist in einer Gesellschaft, die moralisch ethnische Ansätze stellt, das ist ja unmöglich in meinen Augen und das ist ein Grund und das ist natürlich auch ein Grund, warum wir sagen, man kann die Leute nicht wegdividieren. Ich bin persönlich schon der Meinung, dass die Asylverfahren beschleunigt gehören, weil das ein Schlüssel ist, da bin ich bei allen, die

diese Meinung vertreten, aber jetzt haben wir das Problem da. Ich wollte dich nur bitten, Thomas, du bist fachkundig, du kennst die Situation wirklich sehr gut, das muss man ja auch einmal sagen, es gibt auch da im Gemeinderat Kolleginnen und Kollegen, die beschäftigt sind mit Klientinnen und Klienten, die in Ausbildung sind, die Migrationshintergrund haben und ich selber arbeite in einem Projekt als sozialpädagogischer Trainer und Sozialpädagoge und habe ebenfalls das Problem, es fehlt ein Missing Link, die Leute sind mit einer Ausbildung oder mit einem Training fertig, Auftraggeber ist das AMS oder das Bundessozialamt und dann entschwinden sie irgendwo. Wir als Mitarbeiter müssen sehr wohl natürlich viele Berichte schreiben, wir können nicht in die Luft herumtrainieren und dann sagen wir auf wienerisch baba und fällt's nicht, das geht natürlich auch nicht. Ich möchte dich bitten, wenn ihr dann die Briefe nach Wien und nach Graz ans Land schreibt, vergesst bitte nicht die Organisationen und die Projekte nicht, die diese bearbeiten, das ist mir wichtig, weil das muss ein Miteinander sein. Aber ich sage da noch einmal, ganz wichtig empfinde ich, dass das Asylwesen, das Gesetz völlig reformiert wird und dass vor allem die Asylverfahren beschleunigt werden. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Wir befinden uns ja in einer parlamentarisch dichten Woche, heute tagt der Nationalrat, am Dienstag hatten wir Landtag, heute sitzen wir auch im Gemeinderat und da möchte ich kurz darauf Bezug nehmen, weil ich sofort einen Verdacht hatte, als ich deinen Antrag gelesen habe. Den Verdacht, dass es darum geht, Integrationswilligkeit zu verifizieren, zu kontrollieren, zu sanktionieren, wie das in der Kommission jetzt auch beschlossen worden ist, wo auch die KPÖ, das muss ich sagen, zu meinem absoluten Unverständnis zugestimmt hat, dass es diese Kommission geben soll. Dass die menschenrechtswidrig, diskriminierend möglich ist, ist nicht die Debatte für da, aber das war der erste Verdacht. Ich kenne dich aber auch aus deiner Arbeit aus der Caritas und darüber hinaus und was ich sehr schätze ist, dass du auf die



Bedürfnisse der Leute auch hinschaust und ich teile diese Problemlagen und ich würde auch um ein Beispiel das anreichern, wie widersinnig ist das, wie widersinnig es ist, wenn ein junger Asylwerber 18 wird, in der externen Hauptschule drei Monate, bevor er diese Hauptschule abschließt und ausziehen muss, die Schule nicht abschließen kann, weil er einfach in dieser Versorgung nicht mehr drinnen ist. Deswegen sehe ich und so möchte ich diesen Antrag auch lesen, ihn nicht als Sanktionsmaßnahme, sondern als ein Antrag im Hinblick auf Übernahme von Verantwortung für die Menschen, die uns anvertraut sind durch ihre Schicksale, auch darüber hinaus, wenn dieses Verfahren abgeschlossen ist und deswegen wird meine Fraktion diesem Antrag auch zustimmen. Danke dafür (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Danke für die Zustimmung von KPÖ und Grünen, SPÖ auch danke. Es tut mir leid, Frau Kollegin, natürlich kann ich sagen, wenn die Leute nicht da wären, dann hätten wir das Problem nicht, wenn es keine Kriege gäbe, gäbe es keine Flüchtlinge, wenn keine Flüchtlinge wären, müssten die nicht im Meer untergehen oder manche kommen halt doch bis daher. Wenn man sie in Italien lassen und die Italiener alleine lassen, dann brauchen wir in Österreich nicht darum kümmern. Man kann über vieles, wenn es wäre, täten wir halt. Faktum ist, das sind Menschen, die da sind, wir wissen auch, dass die Welt nicht friedlicher wird, nicht einmal innerhalb Europas, wenn man leider an die Grenze Ukraine/Russland uns den Blick hinwenden, das wird halt alles dazu führen, dass Menschen kommen und dann gibt es Maßnahmen, die gesetzt werden, die zum Teil auch viel Geld kosten und ich weiß, das Träger evaluiert werden in der Maßnahme, solche Packerl Berichte muss man schreiben beim Antrag schon, dann wenn du es abgeschlossen hast, aber in Wirklichkeit dann nachschauen, nämlich auch du das Recht hast nachzuschauen und zu sagen, bitteschön ich möchte gerne wissen, hat das jetzt was gebracht, was ich gemacht habe, habe ich da eine Grundlage, dass der wirklich nach drei Jahren sich noch einmal melden muss

oder ich, zumindest wenn ich möchte, noch einmal nachfragen kann und dann weiß, wo ist denn der eigentlich oder die, diese Grundlage gehört geschaffen, damit wir das, was wir machen, besser machen, weil das Wunschdenken, dass die Welt friedlich und besser wird und niemand mehr zu uns kommt, der hier auch in irgendeiner Form eine Existenz sich aufbauen muss können, dieses Wunschdenken mögt ihr noch haben, das entspricht aber leider nicht der Realität, daher müssen wir der Realität ins Auge sehen und in der Realität müssen wir schauen, dass wir möglichst effiziente Maßnahmen setzen. Danke für Ihre Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

### **3) Neues Fahrrad-Verleih-System für Graz**

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen auf der Galerie! Graz ist ja nicht nur Feinstaub-Stadt, sondern gilt auch als Fahrradstadt. Es gibt relativ viele Radfahrer hier. Insofern ist es überraschend, dass es eigentlich kein gut funktionierendes Fahrrad-Verleih-System gibt, das nicht nur Touristen nutzen könnten, sondern eben auch viele Leute, die gerade am Bahnhof ankommen und dann irgendwohin müssen. Es wurde 2012 „Graz Bike“ zwar eingeführt, das ist allerdings nur eine Dachmarke, die quasi über bestehende Verleiher darübergestülpt wurde, das wurde damals auch finanziert, auch abgesegnet, 380.000 Euro hat das gekostet, allerdings ist damit eben kein neues Verleihsystem geschaffen worden, also ein öffentliches Verleihsystem, wie es zum Beispiel in Wien gibt, wo man an jeder U-Bahn-Station sich Fahrräder ausleihen kann und damit halt bis zu einer anderen Station

fahren kann und die wieder abgeben kann, sondern es ist immer damit verbunden, dass man zu bestimmten Orten hin muss, also zu Hotels oder auch einige Fahrradläden bieten diese Räder an. Es ist auch relativ umständlich dieses System, weil man es online buchen muss, also man kann es nicht spontan vor Ort einfach ausleihen, also nicht, dass man hinget und schaut, ist ein Rad da und das nehme ich mir jetzt. Dadurch natürlich auch bei den Leute nicht so präsent, weil man es nicht sieht im öffentlichen Raum. Es ist erkannt worden, dass dieses System nicht gut funktioniert, deswegen hat es im vergangenen Jahr schon einmal Gespräche mit GEWISTA gegeben, das ist der Anbieter, der das in Wien macht. Viele kennen vielleicht dieses System, man meldet sich dort einmal an und kann dann für die erste Stunde kostenlos und dann für ein Euro in der Stunde ein Rad ausleihen. Die sind eben dann im Keim erstickt worden leider mit dem Argument, dass es keine Standorte für solche Fahrrad-Verleih-Stationen geben würde. Das erscheint mir so ein bisschen im wahrsten Sinne des Wortes um die Ecke gedacht, weil auch in Wien ist es nicht so, dass das unbedingt immer vor dem Bahnhof steht oder an einem Hauptplatz steht, sondern man kann es auch ein bisschen ums Eck machen, man muss nicht unbedingt die Räder an einen Hauptplatz stellen, sondern man könnte auch irgendwie am Kaiser-Josef-Platz ausweichen, wo es jetzt noch Potential gäbe oder an der Mur oder beim Bahnhof in Graz hätte es auch gleich mitgeplant werden können. Also ich bin der Ansicht, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg beziehungsweise ein Platz. Die Finanzierung spielt jetzt dabei noch gar keine Rolle, weil über die ist überhaupt nicht mehr nachgedacht worden. Nachdem gesagt wurde, es ist kein Platz da.

Deswegen mein

### **dringlicher Antrag:**

Die Stadt Graz wird aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass möglichst zeitnah weitere Gespräche zwischen den bisher

beteiligten PartnerInnen, das war die Stadt, die Holding beziehungsweise der Ankünder, der für die Finanzierung zuständig ist, geführt werden mit dem Ziel, möglichst bald ein neues Fahrrad-Verleih-System in Graz anbieten zu können.

Ich möchte hier jetzt gleich, ich weiß, dass es da einen Abänderungsantrag dazu gibt, darauf möchte ich gleich kurz eingehen. Dem können wir nicht zustimmen, weil wir der Ansicht sind, es ist was anderes, Graz-Bike kann nicht modifiziert werden in diese Richtung, weil Graz-Bike einfach eine ganz andere Geschichte ist. Es bringt auch nichts, das nochmals zu evaluieren, es wurde bereits festgestellt, dass es nicht gut funktioniert und die angeführten Kosten, die in der Abänderung sind, die sind für uns...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> **Braunersreuther:** Das ist in diesen Gesprächen von der Holding festgestellt worden. Ich kann dir gerne die Telefonnummer geben, wenn du möchtest. Die Kosten, die angeführt worden sind im Vergleich mit Wien, die sind nicht realistisch für Graz, weil Wien einfach wesentlich größer ist als Graz, also insofern kann man diese knapp eine Million muss man dann auch runterrechnen auf die Einwohnerzahl und die Größe der Stadt beziehungsweise ist es ja auch so, dass in Wien auf die Stadt keine Kosten zukommen, weil das Modell werbefinanziert ist, heißt aber nicht mit großen Plakaten, sondern einfach, dass die Radln, die halt sonst grau wären und irgendeinen Fahrradmarkennamen darauf hätten, in bunten Farben angestrichen sind und halt für irgendeine Sparkasse oder Getränke werben quasi. Insofern ist das auch kein wirkliches Argument, deswegen können wir der Abänderung jetzt nicht zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Dreisiebner** zur Dringlichkeit: Ich fange es einmal so an. Liebe Kollegin Christine Braunersreuther, ich würde einmal feststellen wollen, wirklich gut recherchiert hast du das nicht, denn es ist nicht so, dass die Arbeitsgruppe in der Holding Graz GmbH laut Auskunft Vorstandsbüro Malik ihre Arbeit eingestellt hat und aufgelöst ist. Richtig ist, es gibt die Probleme, Plätze im öffentlichen Raum, im Straßenraum zu finden, vor allem geht es aber darum, ob man und in welcher Form man zusätzliche Werbeflächen an vielen Orten der Stadt Graz weiter zulässt, weil auch da haben wir gewisse Bekenntnisse und Verpflichtungen, die etwa von der Stadtplanung oder von der Baudirektion verfolgt werden, die ja auch in dieser Arbeitsgruppe sitzen. Jedenfalls laut Auskunft der Holding Graz GmbH ist diese Arbeitsgruppe nicht aufgelöst, sie wird sich auch in Bälde wiedertreffen. Laut Auskunft des ■■■ von der E-Mobility, der das Graz-Bike betreut, ist es so, dass das Graz-Bike, das ja im März 2012 beschlossen worden ist, für drei Jahre um 380.000 Euro finanziert worden ist, jetzt eigentlich in wenigen Wochen ausläuft, es dann nicht einmal mehr die wenigen Mittel für Marketing oder auch für die Wiederbeschaffung von kaputten oder älteren Fahrrädern, E-Bikes usw. Mittel mehr gäbe, sondern nur mehr für einen Betrieb, der halt so lange geht, bis er nicht mehr geht. Insofern ist der Antrag dringlich, weil nämlich das Graz-Bike-System für drei Jahre vorgesehen war per Beschluss vom März 2012 und diese drei Jahre jetzt quasi vor dem Ende stehen. Was seit dem Wechsel in der Zuständigkeit Verkehrsressort nicht passiert ist, ist, dass der jetzt zuständige Verkehrsstadtrat sich in irgendeiner Form für die Sache Fahrradverleihsysteme, sage ich jetzt bewusst in der Mehrzahl, in irgendeiner Form eingesetzt hat, weil was bekannt ist, ist, dass das eine System vor dem Auslaufen steht, wie ich eben beschrieben habe und andere Systeme noch nicht weiter betrieben werden oder wir nichts Weiteres haben werden, wenn das einmal so weit fertig ist. Das heißt, hier ist wirklich dringend, dass wir was tun und deswegen werde ich, soferne der Antrag die Dringlichkeit erhält, wovon ich ausgehe, den Abänderungsantrag stellen. Zu den Kosten, die ja angeblich jetzt vollkommen

wurscht sind, ich habe auch mit Wien, mit dem Verkehrsressort dort, Stadträtin Vizebürgermeisterin Vassilakou telefoniert, in Wien hat die Stadt Wien jährliche laufende Betriebskosten von beinahe einer Million Euro für das System, das sie fahren. Obwohl GEWISTA an Bord ist. Jetzt kann man natürlich ein bisschen runterrechnen und trotzdem werden wir nicht mit einem Sechstel oder einem Fünftel, nur weil es kleiner ist, wird es nicht unbedingt im gleichen Verhältnis billiger, von jährlichen Betriebskosten, und da reden wir nicht von Investitionskosten, auskommen. Und warum hat sich vor drei Jahren die damalige Mobilitätsreferentin Rücker und die Verkehrsplan usw. für das System Graz-Bike entschieden? Das war ja nicht, weil es gerade so war, weil Dienstag war oder weil es warm war oder geregnet hat, sondern es war eine 69-seitige Analyse im Vorfeld von der Verkehrsplanung durchgeführt worden, die festgestellt hat, dass es in Graz einen ganz hohen Fahrraddurchsatz gibt, fast jede GrazerIn hat ein, oftmals zwei, Fahrräder und daraufhin hat man gesagt, man braucht eigentlich nur ein System für BesucherInnen und TouristInnen und dieses System wurde dann implementiert als sogenannte Stufe 1 Graz-Bike für drei Jahre und es hätte eine weitere Stufe folgen sollen, jetzt kann ich wieder zum zuständigen Verkehrsreferent kommen, lasse ich aber wegen der Zeit, ich komme dann später noch einmal (*Applaus Grüne*).

GR. **Pogner:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Braunersreuther! Der Karl Dreisiebner hat schon einiges angerissen, vom ■■■ hat er berichtet, dass über die Holding das System schon relativ gut funktioniert, es läuft schon etwas mehr als zwei Jahre. Die E-Mobility ist da sehr aktiv und er hat auch das Problem aufgezeigt, das wir in der Innenstadt einfach haben. Wir haben in der Innenstadt nicht den Platz für Fahrradabstellplätze, die jetzt zusätzlich noch angebracht werden sollten, die noch zusätzlich gemacht und vorbereitet werden sollen. Wir haben aber für die Touristen bereits jetzt ein sehr gutes Angebot über

unsere Hotellerie, dort funktioniert das bestens und wir sprechen ja vor allem für Personen, die nach Graz auf Besuch kommen, denn die wollen ja wahrscheinlich am ehesten sich in Graz ein wenig mit dem Fahrrad auch erkunden und ansehen. Denn die eigene Bevölkerung, die ist nach unserem Dafürhalten schon sehr gut mit Fahrrädern ausgestattet und braucht das System wahrscheinlich nur sehr geringfügig, wenn überhaupt. Daher von unserer Seite, wir sind gut versorgt mit Fahrrädern, die Touristen können sich in der Hotellerie mit der Hotellerie gut versorgen und daher gibt es von uns da keine Zustimmung für die Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Antragstellerin! Ich schließe gleich beim Vorredner an, Fahrradverleih-Systeme haben immer eine hohe Aufmerksamkeit bei der Politik, den Medien und den Bürgern. Wir haben natürlich, weil es unser Ressort ist, auch aus den entsprechenden Ämtern die Infos eingeholt. Ich kann eben ein paar Schwerpunkte vortragen. Es gibt offene und geschlossene Verleih-Systeme, diese wurden mit der Politik, Stadtbaudirektion, Verkehrs- und Stadtplanung, Bürgermeisteramt, Fachleuten der Holding und dem Ankünder diskutiert. 2012 ist dann eben die Entscheidung für dieses Graz-Bike, was ja ein offenes System ist, gefallen. Es wurde eben als zielführendste und wirtschaftlichste Variante dargestellt, Gründe, da gebe ich dem Kollegen Dreisiebner Recht, das passiert nicht so oft, aber einen Punkt hat er eben ausgeführt, das ist die hohe Fahrradbesitzquote, die dafür gesprochen hat, 1,1 Räder pro Person besitzen wir in Graz, den hohen Radverkehrsanteil von 16 %, geringere Kosten bei der Einführung, kein zusätzlicher Platzbedarf im öffentlichen Raum, keine Errichtung zusätzlicher Infrastruktur, das betrifft eben die Daten und Stromanschlüsse, es gibt eine Emissionsersparnis durch den Entfall der Umverteilung der Räder mittels Kfz. Und jetzt kommt das Wichtige, allen Städten und Gemeinden, die eben in den letzten Jahren ein Fahrradverleih-System zur Umsetzung gebracht haben, ist eben gemeinsam, dass der

Radverkehrsanteil auf niedrigem Niveau sich bewegt hat. Wir in der Stadt Graz haben eben diese hohe Fahrradbesitzquote von 60 %, Radverkehrsanteil habe ich schon gesagt: 16 %. Vergleichsstädte wie Laibach haben 10 %, Brüssel 4 %, Wien 6 %. Deshalb der Vergleich mit Wien, der funktioniert nicht, aber wir geben natürlich einen Ausblick in die Zukunft. Wie soll es weitergehen? Zusätzlich zum Graz-Bike-Projekt wurde seitens der Holding ein offenes Verleihsystem Floating Fleet mittels elektronischem Fahrradschloss im November 2014 bei der Urban-Future-Konferenz und folglich in den Printmedien vorgestellt. Das System zeichnet sich durch hohe Flexibilität aus, kann in bestehende Fahrradabstellplätze, das ist das Wichtige, integriert werden, da eine aufwändig zu errichtende Infrastruktur nicht erforderlich ist. Dieses System stellt eben die nächste Generation von Fahrradverleih-Systemen dar. Dieses könnte weitgehend die durch den speziellen Stadtraum von Graz gestellten sowie die touristischen Anforderungen erfüllen. Wie gesagt, die Berichte und Vergleiche sind bereits vorhanden, es wird daran gearbeitet, daher bedarf es nicht dem dringlichen Antrag und auch nicht dem Abänderungsantrag (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Bevor wir zur Abstimmung kommen noch eine Mitteilung für alle Sport- und Snowboard-Begeisterten, und zwar unsere Marion Kreiner hat gerade vor wenigen Minuten die Bronze-Medaille im Slalom bei den Weltmeisterschaften am Kreischberg erreicht. Wir gratulieren (*allgemeiner Applaus*) und vielleicht für diejenigen, die so begeistert sind, dass sie morgen eine Fahrt zum Kreischberg ins Auge fassen, es wird eine Grazer Fangruppe geben, die hinauffahrt, denn morgen tritt die Marion Kreiner in ihrer Spezialdisziplin an um die Goldmedaille, und zwar im Riesentorlauf. Also wenn jemand noch Lust hat, gerne anschließen.



*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

*Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**4) Beibehaltung des Serviceangebotes für Eltern von Neugeborenen/Einrichtung eines „Baby Points“**

GR.<sup>in</sup> **Katholnig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit fast zehn Jahren gibt es das vielbewährte Baby-Urkunden-Service, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des BürgerInnenamtes gingen von Montag bis Freitag oder gehen noch immer von Montag bis Freitag an das Wochenbett, nehmen alle Urkunden entgegen und Dokumente entgegen und bisher war es so, dass die Eltern, Mütter am nächsten Tag ihre Urkunden wie Meldezettel, Geburtsurkunde und Staatsbürgerschaft hatten und so ihre weiteren Wege erledigen konnten beziehungsweise konnte eben am Wochenbett schon vieles abgeklärt werden, wie Obsorge usw. Seit 1. November gibt es das ZPR, das Zentrale Personenregister, und das hat zu einigen Umstellungen geführt. Das erfordert, dass die Eltern im ZPR registriert sind, das heißt, die Geburtsurkunde, der Familienstand und die Staatsbürgerschaft müssen registriert sein, bedeutet weiter, wenn die Mutter zum Beispiel von Weiz ist, muss sie in ihre Heimatgemeinde gehen, muss dort ihre Unterlagen registrieren und protokollieren lassen und dann können erst die weiteren Urkunden für das Kind ausgestellt werden.

Momentan ist es so, dass viele Eltern das nicht wissen, es gibt leider Anlaufschwierigkeiten, das Amt ist überhaupt nicht, es wird das Amt in letzter Zeit kritisiert, die Beamtinnen und Beamten bemühen sich wirklich, aber es oft leider nicht möglich, dass so rasch wie zuvor zu erledigen, es dauert oft bis zu drei Wochen, das bedeutet, dass Mütter, Eltern oft drei Wochen nicht um ein Kinderbetreuungsgeld, um eine Familienbeihilfe und im schlimmsten Fall auch um eine Mindestsicherung für das weitere Familienmitglied ansuchen können. Finanzielle Engpässe sind die Folge. Natürlich nach diesen Anfangsschwierigkeiten wird es sicher besser werden, aber dass dieses Service weiter gut erhalten bleibt, wäre es ja nicht schlecht, wenn man das auch etwas adaptieren würde in Form, dass man im Gelände des Servicecenters, also da sind Räumlichkeiten meines Wissens frei, so eine Art Baby-Point installiert. Durch die Schließungen von LKH Leibnitz, Voitsberg und Bruck gibt es tausend Geburten pro Jahr mehr in Graz und von dort aus könnten auch die Sanatorien Leonhard und Ragnitz mitbetreut werden. Also dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch dorthin gehen, weil mittlerweile oder bisher war es so, dass mit Velo-Blitz die Unterlagen ins Amt gebracht werden. Das Amt in der Schmiedgasse würde natürlich auch entlastet werden. Im LKH-Gelände wären die Mütter, die Eltern vor Ort. Man könnte alles auch wieder so schnell wie möglich abwickeln und das Amt in der Schmiedgasse wäre entlastet. Momentan ist es ja auch so, dass die Schmiedgasse nur an drei Tagen in der Woche Parteienverkehr hat und ich weiß, dass es dadurch sehr viele Probleme gibt.

Daher stellt die SPÖ den

### **dringlichen Antrag:**

Die zuständigen Stellen mögen beauftragt werden zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, im Zuge des ZPR das bewährte Service des BürgerInnenamtes für Eltern neugeborener Kinder direkt in der Gebärklinik aufrechtzuerhalten beziehungsweise in

Bezug auf das ZPR zu adaptieren und zu verbessern. Dem Gemeinderat ist bis März dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Liebe Karin, danke für diesen tollen Antrag, die Baby-Points sind natürlich eine sehr gute Sache, weil, als ich unseren Sohn bekommen habe, vor elf Jahren hat es das noch nicht gegeben und das Ganze war sehr mühsam. Allerdings können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen und zwar aus folgenden Gründen, weil das Amt bereits in Verhandlungen ist und zwar ist zum Ersten eine Variante angedacht als Kooperation mit dem LKH, dass die Geburtsstation die Unterlagen einsammelt und die dann gesammelt von den Standesbeamten abgeholt werden können. Da gibt es einen Termin dazu, da ist am 27. Jänner, also nächste Woche, das heißt, das Ganze ist schon im Laufen oder es gibt auch die Variante zwei, einen Baby-Point-Bereich im LKH einzurichten, weil bei der Servicestelle im Stiftingtal ist jetzt bei den Räumlichkeit steht nichts zur Verfügung, aber im 1. Stock des Gebäudes gibt es Räumlichkeiten und da wird jetzt darüber verhandelt und zwar in den nächsten Tagen über die Machbarkeit und allfällige Nachteile. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Ich danke für die Annahme, aber ich möchte nur kurz erwähnen, MitarbeiterInnen des LKH, der Gebärklinik, sind keine StandesbeamtInnen und es ist Voraussetzung, dass Standesbeamte und Standesbeamtinnen diese Urkunden einsammeln und nicht irgendein Bote des LKH. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **5) Preisentwicklung bei Räumlichkeiten für Maturabälle**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Vorsitzender! Von den Babys zu den etwas größeren Kindern, zu den Maturanten und Maturantinnen, ich habe dieses Thema schon einmal hier eingebracht. Es ist und bleibt in der Ballsaison hochaktuell, es geht um die Preisentwicklung bei Räumlichkeiten für Maturabälle. Wie viele Eltern aus eigener Erfahrung wissen, werden mittlerweile schon ab der 6. Klasse in Gymnasien Beträge einbezahlt, um die Finanzierung des zwei Jahre später geplanten Maturaballs zu gewährleisten. Dies ist für viele Klassen die einzige Möglichkeit, die zu erwartenden hohen Kosten für die erfreulichste Veranstaltung im Laufe ihres Schullebens aufzubringen. Für manche Schülerinnen und Schüler ist es aber noch nicht einmal klar, ob sie die Schullaufbahn bis zur Matura fortsetzen werden. Für diese Schülerinnen und Schüler ist dieses Geld natürlich nicht sinnvoll investiert.

Die Grundidee eines Maturaballs war und ist es, eine Einkommensmöglichkeit für die Schülerschaft zu schaffen, um eine Maturareise finanzieren zu können. Das wird aber durch die hohen Mieten der Veranstaltungssäle und die beschränkten Möglichkeiten, während der Ballveranstaltungen zusätzliche eigene Aktivitäten zu setzen, bei denen Geld für die Klasse lukriert werden könnte, verunmöglicht.

Sinnvoll wäre es, den Absolventinnen und Absolventen Möglichkeiten zu bieten, sich ihren Finanzbedarf für eine Maturareise selbst zu erarbeiten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**dringlichen Antrag:**

Der Beteiligungsreferent der Stadt Graz, Stadtrat Univ.-Doz., Grazer Marathon-Wunder, Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, wird vom Gemeinderat ersucht zu prüfen, ob es möglich ist, die Veranstaltungsorte, die sich im unmittelbaren Einflussbereich der Stadt Graz befinden, den Grazer Schulen für Maturabälle zu einem vergünstigten Tarif zur Verfügung zu stellen und ihnen Möglichkeiten zum eigenständigen Verkauf von Speisen und Getränken zu bieten. Dem Gemeinderat ist rechtzeitig vor der nächsten Ballsaison, spätestens aber im September 2015, ein Bericht vorzulegen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.*

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.*

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** zum Antrag: Lieber Andreas, danke für diesen Antrag. Man könnte jetzt kritisch hinterfragen, warum müssen Maturabälle im Congress stattfinden, warum gibt es diesen eingeschränkten Platz für diese Bälle, ich kenne diese Diskussionen, dadurch dass ich einfach auch selbst zwei Schulkinder habe, sehr wohl im Klassenverband, weil die Schüler und Schülerinnen unglaublichen Stress haben, das Geld aufzubringen, das zu zahlen. Uns wäre es wichtig, dass es nicht nur darum geht, das zu prüfen, sondern auch ein bisschen eine Transparenz hineinzubringen. Es ist so,

kennt man jemanden, ist der Congress billiger, als wenn man niemanden kennt, auch so erlebt in der Schule meiner Kinder. Wo versucht man stärker Maturantinnen und Maturanten an andere Plätze heranzubringen, an Alternativen heranzubringen, Volkshaus zum Beispiel wäre eine Möglichkeit für einen Maturaball, denke ich mir auch, oder Schloßbergrestaurant. Ich glaube, da sollte man viel aktiver an die Schülerinnen und Schüler herangehen, um sich was anderes zu überlegen. Also noch einmal der Wunsch in Richtung Transparenz auch durch die Holding sich das genauer anzuschauen, wie die Preisentwicklung dort zustande kommt, wie die veränderbar und steuerbar wäre. Von dem her werden wir dem Ganzen zustimmen, aber auch mit diesem kritischen Hinterfragen. Bitte, danke (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

## **6) Randale gegen den Akademikerball – Maßnahmenpaket**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Was Wien mittlerweile regelmäßig über sich ergehen lassen muss, nämlich eine Welle der Gewalt und Zerstörung, hält nun, wie es aussieht, auch in Graz Einzug. Zu verdanken hat man das der Offensive, wie sie sich nennt, gegen rechts, sowie den da angeschlossenen roten, grünen und kommunistischen Jugend- und Studentenorganisationen. Ich will ein bisschen das Geschehen vom letzten Samstag anlässlich des 63. Akademikerballs aufrollen und vor allem einmal auch die Aktivitäten, die vor dem Ball stattgefunden haben, ins Auge nehmen. Auf der einen Seite haben wir hier erlebt einen Aufruf, den Ball zu verhindern,

es hat auch andere Drohgebärden, so will ich es einmal nennen, gegeben in Form von Videos oder auch durch Vandalenakte auf Hauswänden, wo Drohungen hinaufgesprüht worden sind, das passt ganz gut auch zu der Vandalismusaktion, die der Herr Bürgermeister vorgestellt hat. Ich bin der Meinung, dass wenn man im Vorfeld davon spricht, einen Ball verhindern zu wollen, das allein diese Wortwahl, allein diese Sprache bereits gewaltaffin ist. Auf der anderen Seite haben wir Denunziation erlebt. Nämlich bei Unterstützern, bei Sponsoren dieses Balls, es ist mit Shitstorms gearbeitet worden auf Internet- und auf Facebook-Seiten der betreffenden Sponsoren. Hervorgetan hat sich da im Übrigen der Obmann der Grünen Jugend Steiermark, ein gewisser [REDACTED] und das ist eine Methode, die ich aus politischen Systemen kenne, die wir uns nicht zurückwünschen. Bei der Demo selbst haben es die Veranstalter in Kauf genommen, dass die Lage eskaliert. Weil warum, und diese Frage muss man sich stellen, wurden die klar ersichtlichen Mitglieder des schwarzen Blocks nicht aufgefordert, die Demo zu verlassen? Auch hat man die Demo ganz bewusst so angesetzt, dass das Ende der Demonstration mit dem Eintreffen der Ballbesucher zusammenfällt. Es ist dann versucht worden sozusagen auch in einer gewissen Weise manipulativ zu sagen, naja, die Demo an und für sich war friedlich, nur nachher ist es eskaliert. So einfach können Sie sich das nicht machen, sehr geehrte Damen und Herren, es ist ganz klar auch ausjudiziert, das gibt es bei Fußballspielen genauso, wenn dort im Nachhinein nach dem Fußballspiel in der sogenannten „dritten Halbzeit“ etwas passiert, wenn dort Gewalt passiert, wenn dort Fanausschreitungen sind, werden die Veranstalter, wird der Fußballverein genauso zur Verantwortung gezogen. Sie haben dafür zu sorgen, dass es deeskalativ bleibt, das hat das Organisationsteam nicht zusammengebracht, deswegen sind sie auch hier zur Verantwortung zu ziehen (*Applaus FPÖ*). Aber wie hier umgegangen wird auch mit der Distanzierung zur Gewalt, das haben wir eh auch von den Veranstaltern dieser Demonstration gesehen von der [REDACTED], der Sprecherin der Offensiv gegen, rechts, sie ist nicht imstande, sie ist nicht bereit, sich von der Gewalt zu distanzieren. Und ich weiß schon, es ist natürlich in nüchternen Zeilen nicht ganz erkennbar, wie sich diese Gewalt auch ausgewirkt hat,

weil wenn dort steht von vier Leichtverletzten oder Angriffe gegen die Polizisten oder Müllkübel, die in die Luft geflogen sind oder Schaufensterscheiben, die eingeschlagen worden sind, dann klingt das natürlich alles sehr nüchtern und kann halt auch leicht von einer Frau Gemeinderätin Grabe heruntergespielt werden. Ich möchte Ihnen einmal ganz kurz diese Form der Gewalt, die da in Graz letzten Samstag stattgefunden hat, schildern. Eine Freundin eines Bediensteten aus dem Land war gemeinsam mit ihm auf dem Weg zum Ball, am Andreas-Hofer-Platz ist sie umzingelt worden von mindestens zehn Gewalttägigen aus dem schwarzen Block, die Herren haben sich nicht verblödet, die Dame niederzustoßen, von hinten attackiert, die Frau ist auf den Boden gefallen, hat Prellungen davongetragen, der gesamte Oberschenkel war blau, dass sie vorher bespuckt worden ist, das lassen wir jetzt einmal auf der Seite. Der Ball war natürlich im Eimer, das Ballkleid war kaputt und die psychische Belastung, die auch bis zum heutigen Tage da ist, ist natürlich auch nicht zu vernachlässigen. Oder ein Richter in Rente auf dem Weg zum Ball mit seiner Frau steigt aus dem Taxi aus, als Erstes bekommt es einen Schlag ins Gesicht, so schaut die Gewalt aus, die da einmal verharmlost dargestellt wird und gerne einmal so beschrieben wird, dass es ja eigentlich eh ganz friedlich war. Sie haben anscheinend ein Problem, sich von Gewalt zu distanzieren, das ist einmal so, da nutzt es nichts, wenn Sie sich da hinstellen und sagen, naja, es ist schade, dass das von einigen Randalierern missbraucht wird. Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich Ihnen nur auch zeigen, mit welchen Leuten man sich hier im Rahmen dieses Balles umgibt. Ich habe hier gesehen auf Facebook einen Herrn, der war auch bei der Demonstration, das ist ja unschwer zu erkennen bei seinem Profilbild im Facebook, er hat dann auch schön gepostet, war hier bei der Demonstration gegen den Ball, bevor dieses Profilbild verwendet hat, war bei diesem Herrn auf dem Profilbild zu sehen dieses Zeichen, das heißt, das ist eine Flagge, ein durchgestrichener Davidstern, ein klares Zeichen für Antisemitismus und das muss man mir jetzt einmal erklären und bevor ich dazu komme, vielleicht auch interessant, wer mit diesem Herren befreundet ist, na klar, der Herr Gemeinderat Krotzer und zwar seit kurzem. Da sollte man sich auch einmal anschauen, mit welchen Leuten man sich



da einlässt, mit welchen Leuten man hier auch zusammenarbeitet und es ist schon ganz eigenartig und das muss man mir einmal erklären, man demonstriert gegen einen angeblichen Antisemitismus der Burschenschaft mit Antisemiten, man demonstriert gegen einen angeblichen Sexismus und gegen Homophobie mit Leuten, die Frauen zu Boden stoßen und schlagen und man demonstriert gegen Faschismus, gegen Leute, die Gewalt ausüben gegen Andersdenkende und gegen unsere Polizei losgehen, also das ist erbärmlich, das ist zu verurteilen und damit sind alle Ihre Argumente in Wirklichkeit obsolet (*Applaus FPÖ*). Und deshalb ist es wichtig, und der Ball wird auch nächstes Jahr stattfinden, dass hier im Vorfeld der Gemeinderat und auch der Menschenrechtsbeirat, der auch für solche Anlassfälle durchaus hier zur Verwendung gezogen werden kann, dass man sich einmal Gedanken macht in einer Menschenrechtsstadt Graz, wo auch Jagd auf Menschen anscheinend mittlerweile stattfindet, dass man sich auch einmal Gedanken macht und an den Tisch setzt und mit Worten darüber redet, wie man das in Zukunft verhindern kann.

Deshalb bringe ich diesen Antrag, der ein Maßnahmenpaket diesbezüglich enthält, auch heute ein.

Erster Punkt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Menschenrechtsstadt Graz spricht sich gegen jede Form von psychischer und physischer Gewalt aus. Besonders verwerflich ist es, wenn diese im vermeintlichen Gewand des Guten - letztlich aber doch politisch motiviert - in Erscheinung tritt. Der Gemeinderat der Menschenrechtsstadt Graz vertritt hier die Ansicht „Währet den Anfängen“.

Dies bedeutet im Anlassfall: Wenn sich eine politische Bewegung moralisch derart im Recht fühlt, einer anderen Gruppierung unter Maßnahmensetzung, die jedenfalls einer strafrechtlichen Würdigung zu unterziehen sein wird, entgegenzutreten, so ist dies – sofern im Zusammenhang mit diesem Vorgehen Personen in ihrer körperlichen Integrität gefährdet werden – entschieden abzulehnen.

Die Menschenrechtsstadt Graz bekennt sich zu jeder Form des demokratiepolitischen Diskurses. Dieser ist – so scharf er auch geführt sein mag - den Menschen zuzumuten. Nicht zumutbar sind aber jene Maßnahmen, die eben diesen demokratiepolitischen Diskurs verlassen. In der Politik – und gerade in der Demokratie – ist der Weg das Ziel.

Zweiter Punkt:

Neben den studentischen Organisationen sind auch die Jugendorganisationen von KPÖ, SPÖ und Grünen Mitglieder der „Offensive gegen rechts Steiermark“, die ja als Organisator der Gegendemonstration in Erscheinung trat. Da diese Gruppierungen aus Mitteln des Landes entsprechende Fördergelder beziehen, tritt der Gemeinderat der Stadt Graz nun am Petitionswege mit dem Ansuchen an das Land Steiermark heran, bis zur strafrechtlichen Klärung der bereits eingebrachten Anzeigen sämtliche diesen Organisationen zugedachten Fördermittel einzufrieren und im Falle einer strafrechtlich festgestellten Verantwortung der Demonstrationsorganisatoren diese Zahlungen gänzlich auszusetzen.

Und drittens: Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Menschenrechtsbeirat bei der Erstellung seiner künftigen Berichte auch auf allfällige Diskriminierungen von linker Seite unter besonderer Berücksichtigung des konkreten Anlassfalles einzugehen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Hier meine Wortmeldung zur Dringlichkeit bezüglich einer friedlichen Demonstration und einer friedlichen Blockade im Anschluss, Maßnahmen zu treffen, die alles andere als das suggerieren. Sie haben, glaube ich, zwischendurch auch versucht, Sachlichkeit zu suggerieren, auch wenn ich immer wieder es interessant finde, aus Ihren Worten, aus Ihrem Mund zu hören, Wortwahl und Sprache sind gewaltaffin, nun denn, bleiben wir beim Sachlichen, worum ist es gegangen? Alle, die dabei waren, und das waren einige hier, wissen ganz genau, dass die Demonstration selber friedlich war, zirka 1000 friedliche Menschen, nachher friedliche Blockaden usw. Wenn Sie es so nicht glauben, dann zitiere ich die Bilanz aus Polizeisicht, weil Sie auch gesagt haben, es hätte keine Distanzierung davon gegeben. Ich weiß nicht, ob Sie sinnerfassend lesen oder hören,

wenn Sie die Medien berücksichtigen. Wir haben uns natürlich distanziert davon, dass es idiotisch ist, nach einer friedlichen Demonstration Mistkübel anzuzünden usw., aber das mit den Ballveranstaltungen in einen Topf zu werfen, grenzt für mich an Verleumdung. Aber jetzt zu dem Sachlichen. Die Polizei zieht Ballbilanz, 14 vorläufige Festnahmen, übrigens alle nur wegen Verwaltungsvergehen, ein leicht verletzter Ballbesucher, vier brennende Mistkübel und ein paar umgeworfene mobile Verkehrszeichen. Gut, ist nicht in Ordnung, das haben alle, die sich dazu geäußert haben, gesagt. Aber jetzt zitiere ich den Einsatzleiter, Oberst Benno Kleinförchner vom Stadtpolizeikommando der wahrscheinlich wenig in Verdacht gerät, zu einer linken Demonstriergruppe dazugehören: „Es hat zuerst viel ärger ausgesehen, als es am Ende war.“ Es ist keine Verharmlosung von dem, was passiert ist, aber ich bitte, es geht hier um die Dringlichkeit, die Relationen zu sehen, was ist dringlich. Wenn einige Leute nachher Dinge tun, die mit der Demonstration nichts zu tun haben, dagegen aufzutreten, das soll dringlich sein. Ich möchte sagen, was dringlich ist. Ich möchte sagen, was dringlich ist. Hier ein paar Zitate von den VeranstalterInnen beziehungsweise UnterstützerInnen des Balls, weil Sie vorher gesagt haben, man soll sich gut überlegen, mit wem man sich einlässt im Zusammenhang mit diesem Akademikerball. Das lässt sich, denke ich, sehr gut auf die, die den Ball veranstalten, zurückziehen zu Überlebenden nationalsozialistischer Konzentrationslager, Zitat: Als der Verfasser in der Aula über die verbrecherischen Umtriebe der zur Landplage gewordenen KZD-Überlebende berichtet, wurde er vom Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde Wien bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Aula 2013. Zur Migrationspolitik: Dank der laxen Gesetzgebung usw., nimmt die Zahl der illegalen Fremden der geduldenden Zivilprobanden von Monat zu Monat ständig zu, Aula 2013. Zur Aufnahme von Mitgliedern mit Migrationshintergrund: Dass ein Asiat kein Arier ist, sieht jeder ohne Nachweis usw. Letzter Punkt über Volk, volkseigenes Wesen, geistigen Völkermord: Das deutsche Volk ist auf der Straße zum Volkstod vorangeschritten, Verringerung der Volkskraft durch fehlenden Nachwuchs und Überfremdung usw.

Das ist herausgegeben von Organisationen, die diesen Ball mitorganisieren, das ist das, wogegen die 1000 friedlichen Demonstrantinnen/Demonstranten protestiert haben. Dagegen zu protestieren, ist wohl eindeutig dringlich. Dem Menschenrechtsbeirat, ein unabhängiges Gremium, das genau Menschenrechtsbeobachtungen in der Stadt macht, dem vorzuschreiben, was er zu tun hat und was nicht, gerade von Ihnen, die sonst alles ablehnen, was vom Menschenrechtsbeirat kommt, jeden Bericht ablehnen, alle Dinge, wo Sie einmal dargestellt werden, vehement ablehnen, von ihnen zu fordern, das Sie dem Menschenrechtsbeirat vorschreiben, was er zu tun hat mit der Begründung, es sei dringlich, ist einfach absurd und absolut abzulehnen. Möglicherweise geht die Dringlichkeit durch, dann werden wir uns zum Inhalt auch noch äußern, die Dringlichkeit jedenfalls ist eindeutig auf anderer Seite gegeben, nicht Jugendorganisationen von Grünen, KPÖ und Sonstigen die finanziellen Mittel wegzunehmen, sondern vielleicht einmal bei Ihnen anzufangen, wo eine verurteilte, wegen Verhetzung verurteilte Mandatarin nach wie vor im Nationalrat sitzt, fangen Sie doch da einmal an, über die Einfrierung, braucht man nicht einmal einfrieren, ist ja bereits verurteilt, über die Zurückhaltung der Fördermittel nachzudenken, das ist wohl weitaus dringlicher als das, was Sie zum Anlass gemacht haben. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Grossmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Interessant finde ich die Tatsache, dass du, lieber Herr Klubobmann, den Menschenrechtsbeirat aufforderst, tätig zu werden, den du noch vor wenigen Stunden in der Debatte über den Menschenrechtsbericht so angegriffen hast, dass ihr meint, ihr könnt dem nicht zustimmen, weil das sind nur linke Papiere, die daraus entstehen. Ich finde es nur bemerkenswert. Ich wollte das einleitend feststellen. Zur Sache selbst, es ist richtig, dass es mehr als bedenklich ist, welche Verrohung wir dort und da in unserem gesellschaftlichen Miteinander haben und es ist mehr als richtig, dass wir auch feststellen müssen, dass die Verrohung im persönlichen

Umgang, die dann möglicherweise dort und da sogar zu Tätlichkeiten ausartet, in der Sprache beginnt. Und wenn du das so feststellst, dann würde ich mir wünschen, dass Anträge, die von deiner Fraktion und insbesondere auch von dir kommen, auch in ihrem Antragstext auf diesen Tatbestand besonderen Bezug nehmen und sich nicht einer besonderen empörenden Ausdrucksweise bedienen, sondern, wenn wir davon sprechen, dass bereits in den Worten die Verrohung hintanzuhalten ist, dann würde ich euch dringend auffordern, das in den Antragstexten auch entsprechend zu berücksichtigen (*Applaus SPÖ, KPÖ und Grüne*). Zur Sache selbst möchte ich feststellen, dass es eine Distanzierung zu jeglicher Form von Gewalt gibt, ist selbstverständlich. Eine Gewalt, ganz egal, ob sie von links, von rechts, von oben, von unten, von vorne, von hinten kommt, lehnen wir grundsätzlich ab. Wir distanzieren uns gegenüber jeglicher Gewaltausübung, psychisch oder physisch, der Antrag als solches, den wir hier vorliegen haben, ist deshalb nicht dringlich, weil die Distanzierung von Gewaltakten, in welchem Zusammenhang und mit welcher Motivation auch immer, ist selbstverständlich. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, werter Klubobmann Sippel! Es ist gut, dass du einen Stift in der Hand hast, weil dann kannst noch einmal mitschreiben, weil ich in diesem Antrag von dir auch namentlich vorkomme und da wieder einmal Unwahrheiten behauptet werden. Ich werde dir noch einmal vorlesen, was in der Kleinen Zeitung am Montag zum Ausdruck gebracht wurde. Ich glaube, man muss die Dinge auseinanderhalten, es hat eine Demonstration gegeben gegen den Grazer Akademikerball, eine Burschenschafterveranstaltung. Wes Geistes Kinder hier unterwegs sind, kann man zum Beispiel nachlesen in der rechtsextremen Zeitschrift Aula, wo unter anderem KZ-Opfer als Landplage bezeichnet werden und viele andere Grauslichkeiten, die hier stattfinden und die in der Nähe der Grazer Burschenschaften und zu diesem Ball stehen. Und ich glaube, deswegen ist es sehr legitim, dagegen zu demonstrieren, das zum einen, und insofern war diese Demonstration als großes, breites, friedliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Rassismus eine wichtige Sache. Das was im Anschluss passiert ist, dazu kann man nur

sagen, dass jeder Mistkübel, der gebrannt hat, einer zu viel gewesen ist. Genauso habe ich das gesagt und insofern ist es irgendwie eine Frechheit, was hier in diesem Antrag wieder einmal drinnen steht. Ich darf nur ersuchen, Unwahrheiten dieser Form zu unterlassen. Was diese Sache mit der Israelfahne betrifft, ich werde das prüfen, ich habe nicht die Zeit, bei tausend Facebook-Freundinnen und -freunden, bei allen Leuten alle Fotos durchzuschauen, ich werde das prüfen, wenn das der Fall ist, werde ich das entfernen und kann mich dem nur anschließen, was die Daniela Grabe schon gesagt hat, was der Kollege Grossmann gesagt hat, es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ihr jetzt nach dem Menschenrechtsbeirat ruft, den jetzt einzuschalten, insofern können wir dem auch nicht zustimmen. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck** zur Geschäftsordnung: Lieber Kollege Eustacchio, wenn Gemeinderat Krotzer das Rednerpult betritt, dann ist es nicht korrekt von dir zu sagen, jetzt kommt ein Gewalttäter. Ich fordere ich dich auf, diese Äußerung zurückzunehmen beziehungsweise, wenn das nicht passiert, möchte ich den Bürgermeister um einen Ordnungsruf bitten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Gemeinderat! Noch einmal, nachdem der Herr Stadtrat Eustacchio mitgeteilt hat, dass er nicht die Absicht hat, sich für diese Entgleisung zu entschuldigen, erteile ich diesen Ordnungsruf und möchte mich gleich auch namens der Volkspartei zur Dringlichkeit melden.

Wir haben jetzt zwei dringliche Anträge hintereinander und man kann vielleicht jetzt auch zu beiden dringlichen Anträgen einmal gleich etwas festhalten. Die Verallgemeinerungen, die Unterstellungen, dass wenn jemand eine Handlung begeht, immer gleich eine ganze Gruppe dafür zur Verantwortung zu ziehen ist, kommt, wenn

ich so sagen darf, leider wieder viel stärker in unserer Gesellschaft auf, auch viel stärker in unserer Landeshauptstadt Graz auf und das bedaure ich zutiefst, weil gerade diese Beschuldigungen sich immer mehr hochschaukeln und damit eine Wortwahl wieder stattfindet, die zum Schluss meistens sich auch in Gewalt entlädt. Und das ist traurig, wenn so etwas auch in einer Menschenrechtsstadt wie Graz stattfindet und deswegen kann ich nur sagen, geht es immer wieder darum auch bei Handlungen, die du setzt als Organisator, als Institution, als Ballveranstalter, als Gruppe, die für eine Demonstration oder die zu einer Demonstration aufruft, darüber nachzudenken, ob Eskalation danach fast provoziert wird. Und jetzt sage ich was, weil mir das wichtig ist, weil ich viele Menschen kenne, die auch einer Burschenschaft angehören, einer Sängerschaft angehören, die dem freiheitlichen Lager zuzuordnen ist. Ich kenne viele Menschen, die in Graz studiert haben und auch zu den farbtragenden Burschenschaften oder Sängerschaften gehören und ich kenne darunter sehr, sehr viele ehrenwerte Menschen und ich glaube, dass es auch nicht der gesamten Geschichte in Graz und darüber hinaus in ganz Österreich gut tut, alle Menschen wieder in einen Topf zu werfen, weil man zu so einer Ballveranstaltung geht. Man muss aber auch den Veranstaltern klipp und klar sagen, dass wenn mit solchen Zeitschriften sympathisiert wird, wenn da Einschaltungen sind, ich weiß nicht, was da alles im Hintergrund eigentlich alles läuft, sich auch niemand wundern darf, dass es Menschen gibt, die zu Recht sagen, wenn das dort auf diesen Ball auch geduldet wird und nicht aufgezeigt wird, ist es an der Zeit, auch dagegen zu protestieren und auch einmal eine solche Demonstration zu veranstalten. Gleichzeitig muss aber der Organisator auch immer wieder abschätzen können, wie das Ganze dann dort stattfindet und dass Menschen in Graz in Fahrzeugen attackiert werden, dass sie Angst haben, dass zeitgleich, und ich weiß, dass auch im katholischen Bereich farbtragende Studenten Feste feiern, die dann unter Polizeischutz weiß Gott welche Umwege in Kauf nehmen müssen, weil die Polizei schon sagt, um Gottes Willen, wenn solche Menschen dann da sind, unterscheiden die nicht, dann sieht man wieder einmal, was wir da anrichten. Und deswegen möchte ich auch klar sagen, dass wir als Volkspartei darüber nachgedacht haben, dass es vielleicht

gut wäre, wenn gerade unser Menschenrechtsbeirat, den die FPÖ immer zu weit links sieht, sich einmal mit dem Thema beschäftigt und eine neutrale Stelle uns einmal vielleicht zu diesen beiden Seiten auch was aufzeigt. Ich persönlich habe immer gesagt und deswegen bin ich auch froh, dass ich bei der Volkspartei bin, ich möchte politisch nicht am linken oder rechten Rand mit dabei sein, sondern ich versuche, in der Mitte zu sein, zu verbinden und das zustande zu bringen, was wir in Österreich auch immer wieder geschafft haben, miteinander zu reden, bevor wir uns die Köpfe einschlagen. Und das findet dann halt leider Gottes auch wieder statt und ich sehe auch gar nicht ein, warum dann immer wieder auch unsere Polizistinnen und Polizisten letzten Endes die Leidtragenden sind, weil sie bei solchen Veranstaltungen auch ihr Leben und ihre Gesundheit gefährden und ich mag es gar nicht hören, wenn es dann heißt, naja, da ist eh nicht viel passiert, da haben eh nur ein paar Mistkübel gebrannt, hat sich eh nur einer verletzt, einer ist schon zu viel. Und deswegen haben wir einen Abänderungsantrag, wo wir ganz klar sagen, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die Menschenrechtsstadt Graz spricht sich entschieden gegen jede Form der Gewaltausübung und Sachbeschädigung aus. Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz wird ersucht, sich mit den Vorgängen im Anschluss an die genehmigte Demonstration gegen den Akademikerball zu befassen.

Er möge dies im Rahmen seiner fortlaufenden Beratungen über die Menschenrechtssituation in der Stadt Graz tun und der Stadt möglichst schon vor der Erstellung des Menschenrechtsberichts für das Jahr 2015 einmal einen solchen Vorabbericht zukommen lassen.

Weil dann haben wir den politischen Diskurs einmal auf eine Ebene gehoben, die wir ja auch durch die Anerkennung und die Entsendung in den Menschenrechtsbeirat auch zum Ausdruck gebracht haben und das wäre unser Abänderungsantrag und so sehen wir das als Volkspartei und bitten um Unterstützung dieses Abänderungsantrages (*Applaus ÖVP*).



GR. Mag. **Sippel**: Genau um diese Differenzierung geht es ja und die haben wir ja auch im Vorfeld vorgenommen, indem wir gesagt haben, ja selbstverständlich bekennen wir uns auch zum Demonstrationsrecht und wenn es friedliche Demonstrationen gibt, so soll das auch in Ordnung sein. Aber wenn Gewalt in dieser Stadt stattfindet, dann ist das zu verurteilen und dann sind auch Gremien, die die Stadt Graz eingerichtet hat, wie der Menschenrechtsbeirat, der sich um die Menschenrechte, wie es die Versammlungsfreiheit in diesem Land ist, auch die Meinungsfreiheit, dass er sich um diese Dinge auch entsprechend auseinandersetzt und mit allen an einem Tisch spricht. Dass wir sachliche Kritik an der Zusammensetzung des Menschenrechtsbeirates, auch mit den Themen, mit denen er sich immer wieder beschäftigt, nur nämlich von der einen Seite, dass wir das immer wieder einmal kritisieren, das wird ja wohl hoffentlich noch erlaubt sein. Und ich bin selbst Mitglied im Menschenrechtsbeirat, bringe meine Kritik sachlich, aber gerechtfertigt, wie ich meine, auch dort immer ein und das muss in einer demokratischen Gesellschaft ja möglich sein. Wenn es nach Ihnen geht, dann geht es da immer nur darum, dass es eine Doktrin ist, die ein Beirat hier auch aufstellt und die ganze Politik muss folgen. Das ist ein Diskussionsgremium, ein Beratungsgremium, wie es der Name auch sagt und in diesem Fall ist es ja wirklich gerechtfertigt, den auch aufzurufen (*Applaus FPÖ*). Was Ihnen mit Sicherheit nichtgelingen wird ist, dass sie alle oder einige, dann bleiben wir bei der Differenzierung, einige Besucher dieses Balls oder alle im Prinzip kriminalisieren und es wird Ihnen auch nicht mit der Zeitschrift Aula gelingen, weil wir haben eines der strengsten Mediengesetze in diesem Land, wenn da irgendetwas von irgendwo dran gewesen wäre oder dran ist, was die Aula schreibt, dann hätte ja das Gesetz ohnehin gegriffen, dann wären hier die Verantwortlichen auch dementsprechend zur Verantwortung gezogen worden, das waren Zitate, die vielleicht aus dem Zusammenhang gerissen waren. Ja selbstverständlich, das ist ja auch mediengesetzlich genauso festgehalten. Natürlich mag sein, dass das aus Ihrer Sicht geschmacklos ist, ist es in der Sache auch, aber wenn das aus dem Zusammenhang gerissen wird, um das

dann so darzustellen, dass das so quasi die Linie ist, der geistige Unterbau dieser Ballveranstaltung, dann ist das schon sehr, sehr verwerflich und davon distanzieren mich auf das Schärfste (*Applaus FPÖ*). Wenn hier medienrechtlich nichts hängenbleibt, dann werden Sie es nicht schaffen, alle hier zu kriminalisieren.

Wir haben jetzt ein Lehrstück der Verharmlosung von Grünen und auch Kommunisten erlebt. Wir können froh sein, dass die Ballbesucher, wo auch Sie, Herr Bürgermeister, einige kennen und als ehrenwert kennen, dass die so alles über sich ergehen lassen, dass sie da auch so besonnen reagieren. Weil stellen Sie sich vor, wir oder die Kooperierten, die schlagenden Burschenschaften, die Sängerschaften würden auch nur annähernd so sich verhalten, wie Sie das tun, ich glaube, dann wären wir nicht mehr weit entfernt vom Bürgerkrieg, denn niemand will, und ich glaube, darauf sollen wir hinzielen, Deeskalation zusammen an den Tisch, wie können Demonstrationen im Sinne der Meinungsfreiheit nächstes Jahr stattfinden, wie kann man sich von Gewalt distanzieren, wie kann man auch mit den Einsatzkräften im Vorfeld dafür sorgen, dass nicht die Ballbesucher, wenn sie eintreffen, auf den schwarzen Block treffen und lauter solche Dinge, die gehören besprochen und da gehört in dem Sinn, auch wenn die Meinungen andere sind, aber im Sinne eines friedlichen Miteinanders auch an einem Strang gezogen. Und abschließend noch, weil Sie das auch so herabspielen, wenn ein paar Mistkübel brennen usw., die sind nur gebrannt, sondern da waren Sprengsätze drinnen, die sind explodiert und da sind Metallteile durch die Stadt geflogen. Was machen Sie dann, wenn so ein Metallteil irgendjemanden ins Gesicht oder gegen die Halsschlagader fliegt, muss das passieren, damit Sie aufwachen, also das ist mit Sicherheit nicht der Weg, diese Verharmlosung (*Applaus FPÖ*), sondern alle an einen Tisch, besprechen wir das, wie wir das nächste Jahr beim 64. Akademikerball friedlicher über die Bühne bekommen (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **7) Baustopp für Moschee in der Herrgottwiesgasse**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Das Thema Islam, Islamismus, Terrorismus ist ja in den letzten Tagen in aller Munde. So manches Abtun berechtigter Kritik wurde auch in den letzten Tagen Lügen gestraft. Man hat den Eindruck, Europa erwacht ein bisschen aus seinem naiven Dornröschenschlaf die Islamisierung betreffend. Leider es hat dafür anscheinend wieder ein grauenhaftes Attentat gebraucht. Dieser Terror, diese wieder ins kollektive Gedächtnis zurückgekehrte Bedrohung veranlasst die Politik in Rekordtempo, wenn man so sagen kann, neue Sicherheitspakete aufzustellen, siehe das 280-Millionen-Euro-Sicherheitspaket der Innenministerin Mikl-Leitner für unsere Exekutive. Oder auch auf Landesebene vorgestern im Landtag die Debatte über die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Leute, die in den Dschihad gezogen sind oder auch das Nachdenken darüber, wie man hinkünftig mit Integrationsunwilligkeit umgeht, wie man sie auch in gewissen Bereichen ahndet. Ich möchte dazusagen, noch vor einigen Jahren, bei Schülerdiskussionen bin ich allein für den Begriff Integrationsunwilligkeit gescholten worden, gemäßregelt worden sozusagen, dass es das ja gar nicht gibt, sondern wir quasi noch mehr Willkommenskultur leben müssen und eigentlich wir schuld sind, wenn sich irgendjemand nicht integrieren will und sich Parallel-Gesellschaften bilden. Für uns als Kommunalpolitik bleibt vermeintlich beim ersten Hinsehen wenig über. Aber auch wir können zur Sicherheit und gegen Radikalismus etwas tun. Momentan findet gerade die Novelle zum österreichischen Islamgesetz

statt, wo angedacht wird, wie auch vielen der Beiträge aus dem Begutachtungsverfahren zu entnehmen ist, wo angedacht wird, die Fremdfinanzierung von muslimischen Einrichtungen, Moscheen und auch der Imame aus dem Ausland zu verbieten. Außenminister Kurz hat in diesem Zusammenhang auch gesagt, dass es eine Behörde geben soll, die die Einhaltung der Regeln des Islamgesetzes sicherstellen sollen. Er hat auch gesagt, es war jetzt nicht unbedingt etwas Neues, aber er hat in diesem Zusammenhang auch gesagt, dass es eben sehr wohl überdurchschnittlich viele aus Österreich sind, die hier im Dschihad, in Syrien, teilnehmen, wie ja auch nicht zuletzt die Aktion Palmyra gezeigt hat, wo sich wieder einmal herausgestellt hat, dass Graz ein Hotspot, ein Anknüpfungspunkt für die radikale islamistische Szene ist. Aber schauen wir uns in Graz an, wie war denn das da auch in den letzten Jahren? 2012 haben wir hier herinnen im Mai die Frage gestellt, woher kommt denn das Geld für die Grazer Moschee, für die bosnische Moschee in der Herrgottwiesgasse, woher kommen denn diese Millionen? Da ist uns ausgerichtet worden vom Vereinskassierer, naja, das wird die Gemeinde selbst aufstellen, sie werden Spenden aus ihren Kreisen lukrieren und dieses Geld schon aufstellen. Wir haben da unsere Zweifel angemeldet und haben gesagt, naja, das wird sich wahrscheinlich nicht ganz ausgehen bei knapp 6000 Mitgliedern, da werden diese acht bis neun Millionen Euro schwer aufzustellen sein und wir haben Recht behalten. Ein halbes Jahr später oder ein Jahr später haben wir dann hören müssen, dass eine Großspende aus den Vereinten Arabischen Emiraten eingetroffen ist in der Höhe von 500.000 Euro. Jetzt mag das vielleicht harmlos klingen, ist es aber nicht und daher müssen wir uns ganz kurz das Beispiel Bosnien anschauen. Was ist denn dort passiert? Da ist nach dem Krieg aus dem Saudi-arabischen Raum Geld geflossen, natürlich mit dem Hintergrund, auch eine inhaltliche Radikalisierung vorzunehmen. Das Erste, was dort gestanden ist nach dem Krieg, waren die Moscheen. Bereits 2011 hat die steirische Polizei Sorgen geäußert, sie haben verlautbart, dass es Verbindungen der Grazer Szene zur terroristischen Szene in Bosnien und Herzegowina beziehungsweise in Deutschland gibt, das hat auch der Verfassungsschutz bestätigt. Der Herr Bürgermeister hat das dann hier auf Anfrage von uns, auf Antrag von uns

zerstreut und es als spirituelle Religionsausübung und als rein friedfertig, meiner Meinung nach, auch abgetan. Wir kommen nicht umhin, den Verdacht auch ernst zu nehmen, dass überall dort, wo Gelder von außen fließen, hier auch eine Indoktrinierung von radikalen Zellen stattfindet, die wiederum bereits bestehende und vermeintlich rein religiöse Gemeinschaften unterwandern und radikal- islamisches Gedankengut manifestieren. Führende Politiker von SPÖ und ÖVP haben jetzt auch, leider hat es diese Anschläge, ich habe es vorher erwähnt, gebraucht, diesen Handlungsbedarf erkannt. Der Landeshauptmann Voves hat gesagt, jetzt nicht zu handeln, wäre grob fahrlässig. Der steirische Landeshauptmann mahnt weiters die politische Elite Österreichs und Europas, nicht weiter den Fehler zu begehen, angesichts der religiös motivierten Unterwanderung unseres Wertesystems weiter wegzuschauen. Der Herr Bürgermeister hat über ein One-Way-Ticket in diesem Zusammenhang gesprochen für Teilnehmer am Dschihad. Bin ich Ihrer Meinung, aber es ist ein bisschen widersprüchlich nämlich deshalb, weil wenn man davon spricht, dass es One-Way-Tickets bedarf für Leute, die in den Dschihad gehen, dann bedeutet das ja oder impliziert das ja, dass es diese Szene in Graz gibt, die in den Dschihad zieht, dass es diese Geisteswelt in Graz gibt und die existiert haben muss und dann müssen wir uns das auch genauer anschauen. Wir können nicht auf der anderen Seite nur von friedliebenden Leuten sprechen. Wie auch immer, der Handlungsbedarf, ich glaube, da sind wir uns einig, der ist hier gegeben und bis zur Klärung dieser Frage, und da handelt es sich um einen Zeitraum, der halt wahrscheinlich so lange sein wird, bis dieses Gesetz auch in Kraft tritt, bis das geklärt ist, wie man damit umgeht mit der Finanzierung von außen, bis dorthin wäre es wichtig und bis geklärt ist, ob zwischen einzelnen Mitgliedern der bosnisch- muslimischen Gemeinschaft in Graz und radikal-islamischen Zellen in Bosnien Verbindungen bestehen, wäre es nicht nur wichtig, sondern haben wir die Verpflichtung, hier auch größtmögliche Priorität der Sicherheit für die Bürger walten zu lassen und später nicht wieder gutzumachende Fehler eben zu vermeiden und deshalb wäre es wichtig, auch diesen Baustopp einstweilig zu verfügen (*Applaus FPÖ*).

Deshalb mein

### **dringlicher Antrag:**

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, mit den Sicherheitsbehörden in Kontakt zu treten, vorurteilsfrei und vorbehaltlos im Rahmen der Ermittlungen – soweit dies rechtlich möglich ist - um Zusammenarbeit zu bitten und gleichzeitig die dafür zuständigen Abteilungen des Magistrates Graz prüfen zu lassen, ob unter den im Motivenbericht geschilderten Voraussetzungen ein Baustopp der Moschee in der Herrgottwiesgasse verhängt werden kann. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Melde mich gleich zur Dringlichkeit für die Volkspartei und möchte ein paar Dinge festhalten, weil man da nicht lange herumuntersuchen müssen oder unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum nächsten Gemeinderat befragen müssen und ich wundere mich auch, da ich ja auch weiß, dass innerhalb der freiheitlichen Reihen einige Herrschaften sich mit den Baugesetzen und mit Stadtplanung und mit baubehördlichen Dingen beschäftigen, dass Sie das überhaupt noch fragen, weil Sie müssten eigentlich wissen, dass das, was Sie hier fordern, überhaupt nicht funktionieren kann, also benutzen Sie, wenn ich so sagen darf, jetzt wieder eine Idee, um gegen jene Menschen vorzugehen, die diese Moschee errichten, dazu gehe ich dann noch genauer ein.

Zum Dringlichkeitsantrag betreffend Baustopp für Moschee ist zunächst auszuführen, dass mit Bescheid vom 20. März 2012 die muslimische Gemeinschaft Steiermark eine Baubewilligung zur Errichtung der Moschee inklusive Nebenräumen erteilt wurde. Dieser Bescheid ist rechtskräftig, eine Baueinstellung wäre nur zulässig, wenn bei Baudurchführung gegen baurechtliche Vorschriften verstoßen wird. Auch dann ist

zunächst allerdings die unverzügliche Abstellung der Mängel bescheidgemäß zu veranlassen und nur wenn dies für eine einwandfreie weitere Bauführung nicht ausreichend ist, die Baueinstellung zu verfügen. Wird eine Baueinstellung ohne Verstoß gegen baurechtliche Vorschriften verfügt, liegt aufgrund der Eindeutigkeit des damit verbundenen Befugnismissbrauch Wissentlichkeit vor und damit wohl auch der Tatbestand des Amtsmissbrauches. Dieser Vorwurf würde einerseits die Behörde, politisch die Frau Stadträtin Elke Kahr, aber auch den bescheiderstellenden Mitarbeiter treffen. Eine Weisung des Gemeinderates wäre nach Artikel 20 Abs. 1 BVG, weil sie gegen strafgesetzliche Vorschriften verstoßen würde, jedoch nicht zu befolgen. Die Anweisung könnte allerdings als Anstiftung zum Amtsmissbrauch und allenfalls sogar als unmittelbare Tat des Amtsmissbrauchs strafbar sein.

Ich möchte Ihnen ganz klar jetzt noch einmal sagen, würden wir heute Ihre Idee verfolgen und irgendjemand auf die Idee kommen, das tatsächlich zu machen, würde er sich des Amtsmissbrauchs oder des Anstiftens des Amtsmissbrauchs schuldig machen und damit können Sie diese Idee, Herr Gemeinderat und liebe freiheitliche Kolleginnen und Kollegen, gleich vergessen. Nachdem Sie auch in Ihrem dringlichen Antrag mich zitieren, möchte ich ein paar Klarstellungen noch machen. Ich habe nicht nach dem Herrn Landeshauptmann, der diese Aussage am Dienstag gemacht hat, sondern schon wesentlich vorher darauf aufmerksam gemacht, dass es jetzt darauf ankommt, genau wieder das zu tun, was ich beim letzten dringlichen Antrag gesagt habe, nicht einfach, weil es Menschen gibt, die gegen unsere Gesetze verstoßen, die in einen Krieg ziehen wollen, mit allen Musliminnen und Muslimen der Landeshauptstadt Graz oder in dieser Republik Österreich oder in Europa gleichzustellen. Wir leben den Dialog der Religionen und auch hier kann ich Ihnen nur sagen, in unserer Stadt gibt es viele, viele tausende Musliminnen und Muslime, die in Graz für Grazerinnen und Grazer arbeiten. Menschen, die unsere Eltern pflegen, die unsere Kinder großziehen, die auf unseren Baustellen fleißig arbeiten und ein solches generelles Auseinanderdividieren der Gesellschaft ist nicht zulässig und wird auch nicht zulässiger, auch wenn die FPÖ politisch motiviert oder populistisch motiviert damit auf Stimmenfang geht. Und das

dürfen wir auch nicht zulassen, weil wir den Dialog der Religion brauchen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass keine Religionsgemeinschaft sich von außen ändert, sondern weil Religionsgemeinschaften sich von innen heraus verändern. Das können wir auch an unserer eigenen Religion sehen (*Applaus ÖVP*) und deswegen braucht es ganz, ganz dringend das Ausstrecken der Hand zu jenen Menschen, die ihre Religiosität und Spiritualität in den Dienst der Menschen setzen und es nicht für politische Zwecke missbrauchen und da kommt die klare Unterscheidung und da gibt es interessanterweise relativ große Schwierigkeiten auch mit meinem One-Way-Ticket, das ich als Vorschlag gemacht habe, ist ja nur, wenn ich so sagen darf, die Schlagzeile dazu, was steckt dahinter? Wenn jemand mit österreichischem Pass in einem fremden Staat in einer Armee Krieg führt, dann können wir ihm die Staatsbürgerschaft aberkennen und damit ihm auch sehr, sehr viele Rechte, auch Versorgungsgarantien etc. aberkennen. Nachdem das aber, wenn ich so sagen darf, keine Staatsarmee ist, weil wir hoffentlich auch niemals einen islamischen Staat dieser Prägung auch anerkennen würden, müsste man die Gesetze ändern. Das wiederum ist nicht ganz so einfach, weil das muss über die UNO und auf der europäischen Ebene verändert werden, da waren wir auch mit unseren Bundespolitikern jetzt im Gespräch und ich hoffe noch immer, dass wir einmal so weit kommen, dass wenn jemand europäischen Boden verlässt und damit auch die europäischen Grundwerte verlässt, am liebsten dort bleiben kann, wenn er sich dafür entschieden hat, aber nicht mehr zu uns zurückkehrt und dann vielleicht als tickende Bombe bei uns auch das anstellt, was wir in Paris leider jetzt wieder auch erleben mussten. Aber ich möchte, und das ist mir jetzt ganz wichtig, weil das mit den Menschen zu tun hat, die ich kenne, die dafür kämpfen, dass wir ein friedliches Miteinander haben, die diese Moschee errichten, auch morgen aufrufen gemeinsam mit allen anderen Religionsgemeinschaften zu einer Demonstration gegen Gewalt für Meinungsfreiheit und gegenseitigen Respekt, nämlich die islamische Religionsgemeinde Graz ruft morgen dazu auf, von 15.00 Uhr bis 15.45 Uhr ein solches Zeichen zu setzen. Sie distanzieren sich klar und eindeutig von all diesen Gewalthandlungen und auch von diesen Morden, das leider Gottes auf der ganzen



Welt stattfindet. Und ich möchte ein Zitat hier anbringen, weil wir ja im heurigen Jahr auch 70 Jahre Ende eines Krieges, eines scheußlichen Weltkrieges begehen werden, auch gemeinsam mit einer Sondergemeinderatssitzung und ich möchte mit einem Zitat des deutschen Alt-Bundeskanzlers Richard von Weizsäcker schließen und zwar mit den bedenkenswerten Schlussworten seiner Rede zum 40. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1985: „Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Hass zu schüren, die Bitte an die jungen Menschen lautet, lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder gegen Konservative, gegen Schwarz oder gegen Weiß, lernen Sie, miteinander zu leben und nicht gegeneinander, lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker, die es immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben, ehren wir die Freiheit, arbeiten wir für den Frieden, halten wir uns an das Recht, dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit“, hat er 1985 uns als Botschaft mitgegeben und ich finde diese großartig. Und ich bin ununterbrochen, geschätzter Herr Klubobmann, auch mit Landespolizeidirektion, mit Stadtpolizeikommando im Gespräch, um darauf zu achten, dass wir in der Stadt Graz gegen all jene vorgehen, die am Dschihad teilnehmen wollen, die morden wollen, die in den Krieg ziehen und es ist vielleicht auch einmal ein Beispiel der guten Arbeit der Grazer und steirischen Polizei, dass diese ganze Initiative von uns ausgeht und dass jetzt, wenn ich so sagen darf, auch dieser enorme Zugriff österreichweit auch in Graz verhandelt wurde, auch da kam gleich der Vorwurf, warum in Grazer Gerichten etc.; ja, weil die Grazer Polizei, die Grazer Staatsanwaltschaft ganze Arbeit leistet und zu differenzieren versucht und alle herausbekommen versucht. Und auch noch eines, ich möchte das nicht als Vorwurf im Raum stehen lassen, dass wir da A) nicht hinschauen und B), dass es Zusammenhänge gäbe zwischen der bosnischen Gemeinschaft, die diese Einrichtung, also sprich diese Moschee, gerade baut und den Dschihadisten, die dort hingekommen sind. Sie wissen, dass es in Österreich, auch in Graz Menschen gibt, die diesen Weg gewählt haben, aber von denen distanzieren sie sich, wenn ich so sagen darf, auf der einen Seite und es gibt auch überhaupt keinen

Zusammenhang bislang, der mir vorgetragen wurde zwischen den Menschen, die dort Krieg führen und den Menschen, die bei uns diese Moschee errichten und das möchte ich Ihnen ganz, ganz deutlich sagen und gerade wir, die wir in Österreich eine Vorreiterrolle haben im Dialog der Religionen miteinander müssen wir dafür sorgen, dass es niemanden gibt, auch nicht Sie, der diese Verallgemeinerungen zulässt (*Applaus ÖVP, SPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Herr Bürgermeister, natürlich können wir es uns einfach machen und uns immer hinter Gesetzen verstecken. Gesetze sind ja auch, dass man sie ändern kann mit Mehrheit selbstverständlich und das Baugesetz, wie du auch, lieber Herr Islambeauftragter der ÖVP, Thomas Rajakovics, wissen solltest, ist ein Landesgesetz und wenn man auch mit den Verantwortlichen des Landes Rücksprache hält, dann kann man hier vielleicht, wenn der Anlassfall und die Sorge erkannt wird, entsprechend vorgehen. Und sehr wohl, ich bin jetzt kein Baurechtsgesetzesexperte, aber bei Verdacht widmungsfremder Verwendung gibt es sehr wohl die Möglichkeit, auch entsprechend vorzugehen. Aber gut, ich nehme zur Kenntnis,...

*Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Die gibt es nicht.*

GR. Mag. **Sippel**: ...dass das nicht erwünscht ist, dass man hier sich das auch kritischer beleuchtet, es geht ja nicht darum, dass man jetzt die bosnisch-muslimische Gemeinde in Graz verdammt oder irgendwie da unter Generalverdacht stellt, sondern es geht darum, dass man sich, bevor diese Großmoschee in Graz gebaut wird, dass man einmal schaut, vielleicht gibt es ja auch die eine oder andere Verbindung dieser Herrschaften

in den radikalen Islam nach Bosnien, um nichts anderes geht es (*Applaus FPÖ*). Da hätten wir die Möglichkeit, hier auch entsprechend den Bürgern Ängste und Sorge, die in diesem Zusammenhang auch bestehen zu nehmen, aber dazu gibt es anscheinend in diesem Gemeinderat keine Bereitschaft. Aber bei der ÖVP wundert mich ja sowieso nichts mehr, ihr habt es ja geschafft die letzten Prinzipien, die ihr gehabt hat, an den Nagel zu hängen, zu sehen ist das auch an dem Fortpflanzungsgesetz von gestern, das ist ja unglaublich eigentlich, dass die ÖVP, die sich wertkonservativ nennt, so etwas auch im Nationalrat zustimmt, aber gut, ist halt so, das ist halt eine Öffnung, das ist eine Reform, wie man es auch nennen kann, die Frage, in welche Richtung das geht und ich verstehe es auch nicht, dass der Herr Parteiobmann Mitterlehner uns erklärt, dass der Islam zu unserer Gesellschaft gehört, er stimmt ja mit ein in den Chor der Bundeskanzlerin Merkel, die ja da wirklich einen Abgesang auf unsere Gesellschaft abgegeben haben. Weil ich sage Ihnen ganz deutlich, bevor jetzt das Lamperl da rot durchgehend leuchtet, der Islam gehört nicht zu Österreich oder gehört die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige in Österreich dazu? Nein, meine ich nicht, gehört der Dschihad dazu, gehört die Polygamie dazu, gehört die Körperstrafe für Diebe, Ehebrecher und Alkoholtrinker dazu, gehören die nicht vorhandenen Frauenrechte, die im Islam gelebt werden dazu, gehört die Sklaverei dazu, die nicht im Islam verboten ist (*Applaus FPÖ*)? Nein, die gehört nicht zu unserer Gesellschaft und ich bezweifle auch, dass es eine Erneuerung von innen heraus gibt, weil wenn man sich anschaut, das sind sachliche Studien, 80 % der Moslems stellen den Koran oder die Scharia über die staatlichen Gesetze in diesem Land, in dem sie leben und das ist Faktum. Bei den Christen, die das ähnlich bei Bibel sehen, sind es nur 14 %. Und das heißt, hier hat eine Aufklärung gegriffen, hier hat sich das verändert, beim Islam ist es noch nicht so weit und ich bezweifle das, wenn man sich auch einige Wortmeldungen der Herrschaften anschaut, dass es bald eine Neuerung oder eine Erneuerung aus der inneren Mitte heraus des Islams, dass es dazu kommen wird (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist interessant, wie Herr Klubobmann, Sie, in dem einen dringlichem Antrag auf etwas pochen, was wir im nächsten dann wieder nicht mehr wissen wollen. Diese Verallgemeinerungen sind schlecht, ich könnte genauso auf die Idee kommen, wenn Sie dann die Bundespolitik hereinbringen, zu sagen, der Herr Strache war vor wenigen Tagen noch so begeistert von Pegida, der Erfinder von Pegida hat sein wahres Gesicht leider oder Gott sei Dank im Internet gezeigt, leider waren diese Inhalte dann auch öffentlich, was schlimm genug ist, jetzt frage ich mich auch, sind dann alle die, die gesagt haben, Pegida würden wir gerne unterstützen, in dieselbe Geschichte einzureihen wie dieser Verursacher von Pegida, weil dann hätte der Herr Strache, wenn ich so sagen darf, die gleiche Vorverurteilung, wie Sie es mit vielen Musliminnen und Muslimen in Österreich machen und das ist das, wogegen wir uns wenden und klar differenzieren (*Applaus ÖVP, SPÖ und Grüne*) in einem Europa, das einen Rechtsstaat gut ausdefiniert hat. Und ich bin bei Ihnen, ich brauche keine Bestrafungen öffentlich, es gibt bei uns Gott sei Dank die Frauenrechte, es gibt bei uns einen Rechtsstaat, der mit dem, wenn ich so sagen darf, schon lange klargemacht hat, wo Europa hinget und die, die zu uns kommen, die werden diesen Rechtsstaat auch zu achten haben und die Menschen, die morgen demonstrieren, die unterstreichen das und sagen, wir leben hier und wir anerkennen diese Rechte und das ist uns das Wichtigste und so muss man differenzieren, weil sonst schürt man wieder Hass, und Hass bringt auf der Straße dann genau das, was Sie in Ihrem letzten Antrag wieder bekämpfen wollten. Bleiben Sie in der Mitte, versuchen wir den europäischen Weg der Grundwerte und der Gesetze zu gehen, zeigen das auf, ich verurteile nicht alles, was Sie sagen, wir haben Dinge aufzuzeigen, die nicht in Ordnung sind. Wir haben für diese Werte jetzt auch einzustehen, aber nicht in der Form, indem ich einen Generalverdacht über alle äußere und damit eigentlich nur die Konflikte vergrößere als Hände auszustrecken zu jenen Kräften, die sagen, ich bin ein gläubiger Mensch, ich möchte nach Werten leben und ich möchte an dieser Gesellschaft teilhaben, weil sie entzweien Sie in der Art, wie Sie da Politik machen und die geht ja nicht von Ihnen alleine aus, sondern von vielen, auch

in der freiheitlichen Partei, auch vom Herrn Strache und das muss ich Ihnen auch sagen, wenn Sie uns sagen, was wir als Volkspartei da vielleicht alles für Wege verlassen würden. Wir haben genauso einen inneren Diskurs, aber wir gehen auf niemanden los und das ist der Unterschied (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **8) Steuergerechtigkeit für Ein-Personen-UnternehmerInnen und Kleinbetriebe**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in letzter Zeit immer eine Herausforderung, nach den dringlichen Anträgen vom Herrn Klubobmann Sippel einen dringlichen Antrag einzubringen. Ich würde mich aber trotzdem sehr freuen, wenn einige von Ihnen sich für das Thema interessieren würden und dabei bleiben würden und zuhören würden. Danke, Georg Topf. Bei meinem dringlichen Antrag geht es um Steuergerechtigkeit für Ein-Personen-UnternehmerInnen und Kleinbetriebe. Es wird ja in letzter Zeit sehr intensiv über eine Steuerreform diskutiert, es werden einzelne Steuermodelle der Parteien vorgestellt und wir hoffen, dass es kurzfristig zu einer Entlastung des »Faktors Arbeit« kommt, besonders bei niedrigen Löhnen und Einkommen sowie bei den Lohnnebenkosten. Mittelfristig werden wir aber eine grundlegende Reform des Steuersystems und auch

der Sozialversicherungsbeiträge brauchen, denn Österreich ist ein Hochsteuerland für Erwerbstätige und ein Steuerparadies für Superreiche und Millionenerben. Zudem wirkt in den letzten Jahren die kalte Progression besonders bei den niedrigen und mittleren Einkommen steuererhöhend.

Kurzfristige Entlastungs-Maßnahmen bestünden zum Beispiel in einer Absenkung des Eingangssteuersatzes beziehungsweise in der Abschaffung der kalten Progression. Mittelfristig wird man sicherlich an eine ökosoziale Steuerreform denken müssen als aufkommensneutraler Tausch zwischen der Besteuerung von Arbeit und Energie. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ein Modell vorzustellen, das wir uns im Kontext mit Ein-Personen-UnternehmerInnen näher angeschaut haben und das in Dänemark schon sehr erfolgreich praktiziert wird, das ist der „integrierte Tarif“. Ich möchte sagen, dass von den 75.000 steirischen Wirtschaftskammermitgliedern mehr als 60.000 Ein-Personen-Unternehmen sind, viele davon in Graz, und so wie bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist es auch bei den Ein-Personen-Unternehmerinnen und -unternehmern so, dass besonders die Sozialversicherungsbeiträge sehr hoch angesetzt sind. Neun von zehn ÖsterreicherInnen zahlen nämlich mehr Sozialversicherungsbeiträge als Lohn- und Einkommenssteuer. Bei SVA-Versicherten kann es dann passieren, weil eine gewisse Mindesthöhe vorgeschrieben ist, dass in schlechten Jahren oder gerade zum Beginn (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) im Extremfall eine Abgabenbelastung von über 100 % des erzielten Gewinns vorkommt. Vielleicht sind Sie weniger mit dem Thema befasst als ich, aber zu uns kommen, also zu mir kommen immer wieder Menschen, die wirklich massive Probleme haben, weil sie die Sozialversicherungsbeiträge bei der SVA nicht zahlen können. Und bei diesem integrierten Tarif ist es eben so, dass ist eine Umstellung auf ein rein steuerfinanziertes Sozialsystem, das letztlich gerechter und effizienter wäre und bei dem eine Zusammenlegung von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohn- und Einkommenssteuer zu einer Universalabgabe entstünde und das würde eben auch vielen Ein-Personen-Unternehmen und Kleinbetrieben zugute kommen. Es gibt dazu umfangreiche

Simulationsberechnungen von der Wirtschaftsuniversität Wien, wo bestätigt wird, dass dieses Modell aufkommensneutral einfach und transparent und umverteilend und konjunkturbelebend wäre.

Wie gesagt ist die Situation für viele Ein-Personen-Unternehmerinnen und -unternehmer schwierig und da wir in Graz sehr viele Ein-Personen-UnternehmerInnen und Kleinbetriebe haben, habe ich mich entschlossen, diesen dringlichen Antrag im Kontext mit der Steuerreformdebatte einzubringen und stelle namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung am Petitionsweg auf, sich auf allen politischen Ebenen für ein gerechteres Steuersystem einzusetzen, um auch Ein-Personen-UnternehmerInnen und Kleinbetriebe steuerlich zu entlasten. Insbesondere ist die Problematik der Mindestbemessungsgrundlage in der SVA zu lösen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.35 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Hötzl** zur Dringlichkeit: Kaum geht es um die Wirtschaft, verlässt die Kollegin Gmeinbauer den Saal, bezeichnend für die ÖVP und den Wirtschaftsbund, aber egal. Kollegin Pavlovec-Meixner befindet sich ganz offensichtlich sehr wohl mitten im Wirtschaftskammerwahlkampf, weshalb ich den Recherchefehler auf Seite 2 ganz oben, den du offenbar in der Hitze des Gefechtes gemacht hast, einmal verstehen

kann. Ich glaube, in deiner Rede hast du es eh wieder ausgebessert auf Steiermark, weil 75.000 Mitglieder hat nicht Graz, sondern die ganze Steiermark. Grundsätzlich ist das Ansinnen, EPU's und Kleinbetriebe steuerlich zu entlasten beziehungsweise die SVA-Mindestsätze zu verringern oder so wie in Ihrem Fall teilweise komplett abzuschaffen, ja nichts Schlechtes. Das Einzige, was wir hier kritisieren oder wo wir gar nicht mitgehen können, ist der Zugang über die Gegenfinanzierung. Sie wollen höhere Erbschafts- und Schenkungssteuern, Sie wollen eine neue Erbersatzsteuer, wie Sie schreiben, Sie wollen eine Reform der Grundsteuer, kurz gesagt, über eine Reihe von neuen beziehungsweise Erhöhungen von bestehenden Steuern. Dieser Zugang ist für uns, wie Sie sich denken können, eine völlig undenkbare Form der Gegenfinanzierung. Unser Vorschlag diesbezüglich wäre hier ganz ein einfacher, nämlich über eine Verwaltungsreform auf allen Ebenen, also vom Bund bis runter zur Gemeinde, über die Kammern, über Sozialversicherungsträger, also wirklich in allen Ebenen eine Verwaltungsreform zum einen, zum anderen eine komplette Evaluierung und Neuaufstellung sämtlicher Förderungen, die es in Österreich gibt. Inzwischen übersteigt die Förderungssumme in Österreich mit 19 Milliarden Euro bereits die Einnahmen aus der Umsatzsteuer von 18 Milliarden Euro. Genau hier könnte man ansetzen, um EPU's und Klein- und Mittelbetriebe, Klein- und Mittelbetriebe sind immerhin die Stütze unserer Volkswirtschaft, finanziell wirklich nachhaltig und sinnvoll zu entlasten. Ich bin schon neugierig, ob sich heute zu diesem Thema die ÖVP in Form des Wirtschaftsbundes wieder zu Wort melden wird, die Wirtschaftsbundobfrau von Graz hat den Raum rechtzeitig zu Beginn des Antrages oder vor dem Antrag sogar noch fluchtartig verlassen, aber ich rechne fest mit meinem Kollegen Klaus Frölich, der hier wieder einmal einspringen wird müssen. Wir können hier leider nicht mitgehen, wird wenig überraschend gewesen sein für Sie, aber ÖVP kann ihr eigenes Spiel machen, FPÖ ist nicht dabei (*Applaus FPÖ*).



StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gleich was sagen, weil ich mag das irgendwie nicht so stehen lassen deinen Hinweis auf die Daniela Gmeinbauer, die Daniela Gmeinbauer hat sich vor diesem dringlichen Antrag bei mir, weil ich derzeit Vorsitzender bin, entschuldigt, dass sie zu einem Termin in die Stadthalle gehen muss...

*Zwischenruf unverständlich.*

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ob das bezeichnend ist oder nicht, das ist ein völlig irrwitziger Vorwurf, es ist ja der zeitliche Ablauf der Gemeinderatssitzung nicht vorherzusehen. Also ich möchte jedenfalls feststellen, sie hat sich ordnungsgemäß entschuldigt und ist aus diesem Grund nicht da.

GR. Mag. **Frölich**: Lieber Christoph, das weißt du nicht, ihr schaut ja nicht auf die zweite Seite von Büchern, da bin ich inzwischen schon draufgekommen. Ich bin der stellvertretende Stadtgruppenobmann des Wirtschaftsbundes, also deshalb gibt es Stellvertreter, wir sind nicht so monokratisch organisiert wie die freiheitliche Partei, wo der Herr Strache alles sagt und die anderen müssen nachplappern. Der Wirtschaftsbund ist auch in diesem Gemeinderat sehr gut vertreten. Ich weiß nicht, wie euer existenzgefährdender Verband heißt, der die Wirtschaft vertritt, aber jedenfalls der Wirtschaftsbund ist da sehr gut vertreten. Zu dem Stück selbst, liebe Andrea, ein berechtigtes Anliegen, nicht mit allen Punkten deines Motivenberichts können wir uns identifizieren, ich möchte da jetzt im Detail darauf eingehen. Tatsache ist aber, wann immer wir uns über sehr viele Neugründungen freuen, denn das hat ja auch mit der Lebensqualität in unserer Stadt zu tun, dass Menschen hier Unternehmertum leben und sich kleinstrukturiert als Selbstständige heranwagen an

das Abenteuer Unternehmen. Das System, das sie im Steuersystem vorfinden für EPU's und auch kleine KMUs, dort gibt es viel zu tun und dort muss man den Hebel ansetzen, deshalb gehen wir mit. Von einigen Punkten im Motivenbericht möchten wir uns aber distanzieren. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach meinen Vorrednern, die ja mitten im Wahlkampf stehen und um ihre Mandate strampeln, kann ich es etwas entspannter angehen als Gewerkschaftsvertreter, weil ich nicht im Verdacht stehe, da jetzt bei der Wirtschaftskammer kandidieren zu wollen.

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Der Schachner kandidiert auch.***

GR. Mag. **Haßler**: Dem Horst Schachner will ich nicht nacheifern, also da bin ich auch über jeden Verdacht erhaben, so gut werde ich nicht. Das Positive vorweg, liebe Andrea, wir werden dem Antrag zustimmen, weil das auch unserer Fraktion ein wichtiges Anliegen ist, dass Ein-Personen-Unternehmen und Kleinbetriebe entlastet werden und auch in Bezug über die Mindestbemessungsgrundlage kann man noch einmal genauer hinschauen, ob man da was verbessern kann. Wir sehen das umso wichtiger, wenn man sieht, wie Großkonzerne europaweit, weltweit behandelt werden. Wir haben es ja gesehen am Beispiel Luxemburg, dass die fast keine Steuer zahlen und da ist nicht einzusehen, dass die, die viel haben, nichts zahlen und die anderen sollen sozusagen ihren großen Beitrag leisten. Die Zustimmung gibt es aber nur deshalb, und das haben wir auch vorher besprochen, weil im Antragstext die Bezugnahme auf den Motivenbericht gestrichen wurde, denn in die Verherrlichung des integrierten Tarifs können wir sicher nicht miteinsteigen und es ist ja auch nichts

Neues, seit 2011 wird er zumindest diskutiert, Prof. Bruckner von der Wirtschaftstreuhandkammer hat das damals initiiert und die grüne Wirtschaft, wie ich auf der Homepage gesehen habe, ist voll mit dabei. Auf den ersten Blick schaut es ja toll aus, 10.000 Euro wären steuerfrei, man redet davon, dass es gerechter wird, wenn man genauer hinschaut, schaut es so aus, dass für die höheren Einkommen die Belastung höchstens im homöopathischen Bereich steigt, also kaum merklich, aber die größte Belastungssteigerung würde es geben und da gibt es eine Analyse der Gewerkschaft bei monatlichem Einkommen von 800 bis 1200 Euro und ich glaube nicht, dass das die sind, die sehr viel noch zusätzlich hergeben können, das sind genau die Teilzeitkräfte, die jetzt schon schwer leiden müssen und die würden noch einmal bei diesem integrierten Tarif zusätzlich betroffen werden. Natürlich wird so lapidar auch gesagt, die Steuerausnahmen müssen gestrichen werden, was heißt das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Auch ganz klar, 13. und 14. Gehalt voll versteuert, Überstundenzuschläge nicht mehr begünstigt, bei 300 Millionen Überstunden in Österreich pro Jahr wissen wir, wen das treffen wird, Schmutz-, Erschwernis-, Gefahrenzulagen nicht mehr vergünstigt. Also die Arbeitnehmer müssten die Zeche zahlen dafür, dass Unternehmen auf der anderen Seite entlastet werden und da werden wir jetzt auch von der Sozialdemokratie, aber auch von der Gewerkschaft natürlich mit Sicherheit nicht mitstimmen können und werden es auch nie tun. Die Analyse zeigt auch, dass, wenn man jetzt die Gewerbebetriebe hernimmt, dass zirka 50 % der Gewerbebetriebe bei diesem integrierten Tarif keine Sozialversicherungsabgabe mehr zahlen würden und trotzdem Leistungen bekommen sollen und wollen natürlich, das wird sicher nicht gehen und die Finanzierung in diesem integrierten Tarif ist so beschrieben, dass es ja Einsparungen geben wird, weil es ist ja dann alles so toll und einfach, die Finanz hebt das gemeinsam ein, Verwaltungsvereinfachung und da würden die Milliarden sprießen, wie wir es eh immer und ewig hören. Klingt einfach, ist aber nicht so einfach und wird in der Praxis auch nicht funktionieren. Das würde die gemeinsame Einhebung auch noch bedeuten, gemeinsame würde das bedeuten, wie es sie jetzt zum Teil schon gibt. Wir sehen jetzt

schon, dass Finanzprüfer, wenn sie Sozialversicherungsabgaben prüfen, das nicht so genau machen können offensichtlich, dass da viel weniger hereinkommt, weil sie auch im Sinne der Unternehmer vielleicht kooperativer sind, verhandlungsbereiter sind, gerne auch einen Teil mehr nachlassen, wie das Sozialversicherungsprüfer machen und ein wesentlicher Nachteil wäre auch noch, die Sozialversicherungsprüfer, die prüfen nicht nur, damit Geld hereinkommt, die verrechnen auch die Ansprüche für die Arbeitnehmer nach. Das heißt, wir sind draufgekommen, dass da etwas falsch gemacht wurde. Werden die Ansprüche nachverrechnet, bedeutet mehr Pension für die, die falsch eingestuft wurden. Das würde mit Finanzprüfern mit Sicherheit nicht so funktionieren, also viele, viele Gründe, warum der integrierte Tarif aus unserer Sicht sicher nichts ist, dem wir zustimmen werden. Nachdem es immer wieder heißt, man soll auch Vorschläge bringen, wenn man schon gegen etwas ist, noch zwei Vorschläge, die von Seiten der Gewerkschaft am Tisch sind, um niedrige Einkommen zu entlasten. Wenn man Kostenpauschale, allgemeine Sonderausgabenpauschale, Absetzbeträge mit Negativsteuer umwandelt, man braucht kein gesamtes Steuersystem umstellen und die unteren Einkommen wären entlastet. In diesem Sinne noch einmal kurz zusammengefasst, von unserer Fraktion ja zur Forderung zu einer Entlastung der EPU's und Kleinbetriebe, ein klares Nein zum integrierten Tarif (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Liebe Andrea! Danke für diesen Antrag. Ich selbst bin als EPU betroffen und bin wirtschaftskammerwahlberechtigt, muss ich gleich sagen da. Ich sehe aber die Problematik mit den EPU's, dass wenn der Gerald jetzt gesprochen hat, der hat als Gewerkschafter hier gesprochen, ich denke, es gibt sehr viele EPU's, die eigentlich aufgrund dessen, weil sie am Arbeitsmarkt eigentlich kaum Beschäftigung finden, sich selbst jedoch eine Möglichkeit sehen, die sie auf einer Selbständigkeit sich ein Einkommen trotzdem erwirtschaften können und genau diese EPU's, die sind momentan in einer Situation, wo sie wesentlich schlechter gestellt sind als jeder

Arbeitnehmer. In dieser Frage wird kaum etwas gemacht, es gibt auch von Seiten der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft, es gibt jetzt wieder Änderungen, die durchaus positiv sind, aber letztendlich ist es so, dass auch viele sich auch nicht in die Selbstständigkeit wagen können, weil diese Belastung zu Beginn ihrer Selbständigkeit kaum zu tragen ist. Das heißt, die Menschen stehen da, einerseits möchten sie gerne was machen, andererseits kriegen sie auf der anderen Seite keinen Job und es ist wirklich ein großes Dilemma und ich denke, es gibt sehr viel zu tun für die EPU's und das trifft ja nicht nur EPU's, sondern durchaus auch kleine Unternehmen mit ein/zwei Beschäftigten, da möchte ich auch sagen, meistens sind diese kleinen Unternehmen, die würden Arbeitnehmer aufnehmen, weil sie es bräuchten, aber wo dieser Schritt einfach kaum zu schaffen ist, ohne dass das Unternehmen nicht ernsthaft in Gefahr gerät und aus diesem Grund werden wir auch diesem Antrag die Dringlichkeit geben und auch inhaltlich den unterstützen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass das Thema Ein-Personen-Unternehmen und auch Kleinbetriebe im Gemeinderat auf so ein hohes Interesse stößt. Wir haben ja schon länger nicht mehr über das Thema geredet. Ich kann mich erinnern, in der letzten Periode gab es bei der ÖVP noch den Kollegen Dominik Neumann, der hat auch einmal einen EPU-Beauftragten gefordert, manche von uns erinnern sich daran, da war das ein bisschen öfter Thema. In letzter Zeit nicht mehr, ich freue mich sehr auch über die breite Unterstützung, ich habe mir das alles aufgeschrieben an Anregungen, es geht darum, dass es zu einer Entlastung kommt für Ein-Personen-UnternehmerInnen und -unternehmen und für Kleinbetriebe, deshalb möchte ich mich bedanken für die Zustimmung und ich möchte auch sagen, dass wir nächste Woche am Mittwoch die Margit Schratzenstaller zum Thema integrierter Tarif zu Gast haben in Graz und zwar am Mittwoch um 12.30 Uhr im

Landhauskeller und wer sich näher für das Modell interessiert oder auch das kontroversiell mitdiskutieren will, ist herzlich eingeladen. Danke (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.***

## **9) Kinderarmut in Graz**

GR. **Vargas** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Vargas**: Liebe Martina, liebe Gemeinderäte! Kinderarmut in Graz. In Österreich nimmt die Kinderarmut zu. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen bis 17 Jahren ist in Österreich mit 15,4 % höher als die der Gesamtbevölkerung mit nur 13 %. Geldarmut in Familien ist vor allem im fehlenden Zugang zu einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit und niedrigen Löhnen begründet. Je mehr Mitglieder der Familie des Haushaltes erwerbstätig sind, desto geringer ist das Armutsrisiko für Familien und damit auch für Kinder. Besonders von Armut bedroht sind nach wie vor Ein-Eltern-Haushalte, die zu rund 30 % armutsgefährdet sind. In der Steiermark sieht die Situation so aus, 157.000 Menschen sind armutsgefährdet, rund 57.000 von ihnen leben in manifester Armut. In Graz beziehen zirka 4.440 Familien die

bedarfsorientierte Mindestsicherung, davon sind knapp die Hälfte Alleinerziehende. Was bedeuten diese Zahlen aber konkret? 28% der Kinder und Jugendlichen bis zum 17. Lebensjahr leben in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben über 950 Euro tätigen können. Mehr als jedes vierte Kind lebt in einem Haushalt, der es sich nicht leisten kann, Urlaub zu machen und mehr als jedes zehnte Kind lebt in einer Familie, die nicht einmal Freunde oder Verwandte zu sich nach Hause einladen kann.

Einen direkten Zusammenhang gibt es auch zur gesundheitlichen Situation der Kinder, die in Armut aufwachsen, sind häufiger krank. Armut bedeutet weiters den Ausschluss von sozialen Netzwerken und Angeboten, wie beispielsweise die Teilnahme an Schulausflügen oder kulturellen Angeboten. Armut in der Kindheit birgt aber auch ein hohes Risiko, arm zu bleiben. Kinder aus armutsgefährdeten Familien sind wesentlich seltener in höheren Schulen vertreten, schließen weniger oft Berufsausbildungen ab und landen später häufig in schlecht bezahlten Jobs oder in der Arbeitslosigkeit.

Eine Entspannung der Situation ist nicht in Sicht. Zwar sind die Preissteigerungsraten momentan niedrig, was jedoch vor allem auf die sinkenden Kraftstoffpreise zurückzuführen ist. Die Wohnungskosten steigen hingegen erheblich an, insbesondere in Städten wie Graz.

Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung war eigentlich dazu gedacht, eine Harmonisierung des Sozialhilfewesens in Österreich sicherzustellen und für alle Menschen in Österreich die gleichen Bedingungen zur Existenzsicherung zu schaffen. Dieses Ziel wurde leider insbesondere bei den Kindern nicht erreicht. Der Unterstützungsbetrag für Kinder ist bundesweit sehr unterschiedlich bemessen. Nimmt man die Steiermark mit ihren € 154,66 14 Mal jährlich pro Kind so findet sich unser Bundesland in der unteren Hälfte der Tabelle wieder. Ich habe die Tabelle hier zugefügt, ihr habt sie ja bekommen. Kinderarmut stellt eine Herausforderung dar, die die Stadt Graz alleine nicht bewältigen kann, die jedoch für uns oberste Priorität haben muss.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Die zuständige Sozialstadträtin Dr.<sup>in</sup> Martina Schröck wird vom Gemeinderat beauftragt, zu einem runden Tisch einzuladen, an dem die zuständigen Stellen des Landes Steiermark, des Grazer Sozialamtes, VertreterInnen der Gemeinderatsklubs sowie ExpertInnen – insbesondere der Volkshilfe, der Caritas und der Armutskonferenz – teilnehmen sollen. Bei diesem runden Tisch sollen die Möglichkeiten der Bekämpfung von Kinderarmut und hier insbesondere die Erhöhung der bedarfsorientierten Mindestsicherung für Kinder auf € 220 pro Monat beziehungsweise 2.640 € pro Jahr diskutiert und geprüft werden.

Ich ersuche m Annahme (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, geschätzte Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Ich darf gleich vorweg sagen, lieber Nibaldo, vielen Dank, Herr Kollege, für diesen Antrag, den wir als Familienpartei selbstverständlich in der Dringlichkeit und im Inhalt unterstützen. Du hast sehr gut recherchiert, dass vor allem die bedarfsorientierte Mindestsicherung für die Kinder in höchst unterschiedlicher Höhe in Österreich gewährt wird, was höchst verwunderlich ist, wie schon in meiner Fragestundeanfrage an die Frau Vizebürgermeisterin ausgeführt, war ja ursprünglich der Sinn der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung eine bundesweite Vereinheitlichung. Wir wissen auch, dass die Verfassungsrichter im Jahr 1996 in einem Erkenntnis festgestellt haben, dass ein steuerfreies Existenzminimum für jedes Kind zu gewährleisten ist. Heranzuziehen sind Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und zusätzliche Fördermittel und ich nehme doch an, dass die Grundbedürfnisse, das Existenzminimum für ganz Österreich gleich ist, ist es, wir wissen das von den Ausgleichszulagenrichtsätzen her. Deshalb ist das Anliegen legitim zu sagen, es muss



da zu einer Vereinheitlichung kommen. Bei deiner Berechnung bist du jetzt ausgegangen von 12-mal 220 Euro. In Wien gibt es nämlich die knapp 220 Euro 12-mal im Jahr und dann kommt man auf die 2.637 Euro. In der Steiermark wird 14-mal im Jahr ausbezahlt, also das ist noch eine kleine Ungereimtheit, das müsste man noch rechnerisch einbeziehen. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass in Österreich nicht nichts getan wird, wir haben immerhin jetzt endlich eine Erhöhung der Familienbeihilfe, es wird die Familienbeihilfe jetzt auch wieder monatlich ausgezahlt und nicht alle zwei Monate, auch eine Erleichterung, es sind die Betreuungsangebote in der Stadt Graz von der Krippe bis zum Kindergarten, zur Schule, zur Nachmittagsbetreuung, Hort usw. für Familien mit geringem Einkommen beitragsfrei. Wir tun viel, aber es ist noch viel zu tun und ich freue mich deshalb über diesen Vorschlag, einen runden Tisch einzurichten, um hier zu beraten. Im Übrigen, ich habe mir die Zahlen auch genau angeschaut, es geht vorrangig natürlich um Ein-Eltern-Familien, aber auch um kinderreiche Familien, Familien mit drei und mehr Kindern sind am meisten armutsgefährdet und wir müssen wirklich schauen, dass jedes Kind ein gutes Auskommen hat in der Familie, um die soziale Inklusion zu garantieren. Danke für diesen Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Lieber Nibaldo! Dein Anliegen ist auf jeden Fall zu unterstützen, aber in Zeiten, wo wir Nachtragskredite brauchen, ist für uns der Zugang zu einer Erhöhung der bedarfsorientierten Mindestsicherung kein Lösungsansatz. Wir sind natürlich dafür, Maßnahmen zu unterstützen zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder Verbesserung von Qualifikation für den Arbeitsprozess, aber eben nicht die Mindestsicherung anzuheben. Wesentlich wichtiger wäre, dass endlich eine Steuerreform kommt, deswegen ist auch dein Lösungsansatz für uns nicht nachzuvollziehen über das Land, weil das muss vom Bund kommen, weil diese Steuerreform soll endlich Familien entlasten, vor allem Familien mit niedrigem

Einkommen. Weil dass es immer noch Frauen gibt, die in Frauenberufen für Vollzeit 900 Euro im Monat netto verdienen und zum Beispiel wie eine Friseurin auch noch Trinkgeldpauschale dann extra zahlen muss, da zahlt sich Arbeiten gehen nicht mehr aus, weil wenn ich dafür eine Mindestsicherung von 813.99 bekomme, dann überlege ich mir, ob ich eine Motivation überhaupt habe, arbeiten zu gehen oder ob ich nicht zu Hause bleibe und meine Kinder selbst betreue (*Applaus FPÖ*). Das gehört unserer Meinung nach unterstützt und ist wichtig, deswegen ist eine Steuerreform einfach so wichtig und unsere Überlegungen stimmen leider mit deinem Antrag nicht überein, deswegen bekommst du von uns keine Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit dieses Antrages? Wenn das nicht der Fall ist, dann möchte ich gerne als angesprochene Sozialstadträtin kurz darauf Bezug nehmen beziehungsweise dazu Stellung nehmen. Wie es meine Vorrednerin, die Sissi Potzinger, angesprochen hat, glaube ich, gibt es eigentlich sehr, sehr viel, was wir als Kommune im Freiwilligenbereich machen. Wir sind da natürlich auch eng angebunden an die landesgesetzlichen Regelungen, wir können selbstverständlich bei einem runden Tisch darüber diskutieren und ich bin mir sicher, mit Ausnahme der freiheitlichen Fraktion, dass wir auch rasch darüber einig werden, dass wir die bedarfsorientierte Mindestsicherung anheben. Es hat ja auch schon mehrfach Abstimmungen in diesem Haus in die Richtung gegeben sie auch für Erwachsene 14-mal auszuzahlen; ich nehme an, da werden wir relativ rasch einig sein. Faktum ist, wir haben schlichtweg nicht die Kompetenz, das umzusetzen, wir können darüber reden. Darum halte ich es auch für wichtig, dass das Land Steiermark hier eingebunden ist. Aber jetzt noch einmal kurz darauf zurückkommend, was wir im Freiwilligenbereich machen und das ist nicht wenig, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Wir haben mit der SozialCard eine freiwillige Leistung geschaffen, wo es natürlich auch den Kindern zugutekommt, mit der Weihnachtsbeihilfe, die wir

auszahlen, mit dem Schulstartgeld, das wir auszahlen immer im September für schulpflichtige Kinder im Rahmen der SozialCard, wir haben im Amt für Jugend und Familie eine Ferienaktion, die auch an die SozialCard gekoppelt ist, das heißt, es ist Grazer Kindern, die in keinem reichen Umfeld wohnen, leben, auch möglich, Ferien zu machen, das ist auch sichergestellt mit dieser Aktion, wo wir auch mit unterschiedlichen Anbietern zusammenarbeiten. Die SozialCard ermöglicht es auch, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien das Kindermuseum besuchen können, gratis besuchen können, da gibt es bereits sehr, sehr viel, was wir im Freiwilligenbereich machen. Natürlich wird es schwierig, wenn wir sagen, wie lösen wir Kinderarmut. Die Kinder sind ja nicht alleine arm, sondern wir reden da ja immer von armen einkommensschwachen Systemen, von einkommensschwachen Familien und das ist ein generelles Strukturproblem, das hängt damit zusammen, wie ist die Situation am Arbeitsmarkt, wie können die Eltern zu mehr Wohlstand kommen, zu mehr Einkommen kommen, also, natürlich bei den Kindern sieht man es dann immer ganz besonders auch, aber Faktum ist, nur die Kinderarbeit alleine zu diskutieren, ist mir zu wenig, dann sollten wir auch wirklich die Gesamtzusammenhänge und das Gesamtkonzept dahinter betrachten. Lange Rede kurzer Sinn, natürlich machen wir gerne diesen runden Tisch, wie gesagt, mir ist es nur wirklich wichtig, dass das Land Steiermark da auch kommen wird, wir können die nicht herzitieren, auch mit keinem Beschluss, wir werden sie sehr herzlich einladen und ich bin zuversichtlich, dass sie auch kommen und mit uns gemeinsam das auch diskutieren werden, aber das ist für mich unerlässlich für das Gelingen des runden Tisches, dass das Land Steiermark da auch gut vertreten ist, weil sonst ist das eine Diskussion, die wahrscheinlich bald einen Konsens hat, aber dann keine weiterführende Lösung hervorbringen kann (*Applaus SPÖ*).

GR. **Vargas**: Vielen Dank für die Zustimmung, die mir signalisiert wurde. Ich will nur, Frau Kollegin Potzinger, erläutern, dass es 12-mal berechnet wird natürlich und beim Bericht der Volksanwaltschaft steht drinnen, dass in der Steiermark oft den Kindern die 13. und 14. Auszahlung verweigert wurde, bis zu der Intervention, das hat es gegeben. Insofern wäre 12-mal eh gerechter, weil das ein höherer Beitrag wäre. Danke dir, Martina, für die Bereitschaft, da zu einem runden Tisch einzuberufen und ich freue mich für die Unterstützung von euch. Danke (*Applaus Grüne*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.*

*Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.*

## **10) Verstärkte Prävention statt Generalverdacht und Überwachung**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Liebe Zuhörerin, lieber Zuhörer und hoher Gemeinderat! Jetzt geht es um die Thematik verstärkte Prävention statt Generalverdacht und Überwachung. Die schrecklichen Attentate in Paris haben wieder die Diskussion zum Thema Überwachung auf das Tableau gebracht. Wir haben in den letzten Tagen auch sehr viel allgemein wieder über Vorratsdatenspeicherung und Überlegungen zur Thematik Vorratsdatenspeicherung gelesen. Wie auch vielleicht der eine oder andere zum Thema Verschlüsselung, dass lautstark darüber nachgedacht wird, Verschlüsselungen zu verbieten, dass man E-Mails überhaupt nicht mehr verschlüsseln darf, was einerseits irgendwie einhergehen würde mit dem Aufbruch des Briefgeheimnisses auf eine

gewisse Art und Weise. Der Ruf nach einer Vorratsdatenspeicherung ist einerseits auch irgendwie unverständlich, da man wirklich überprüft hat auf den Gerichtshöfen, europäischen Gerichtshöfen, nationalen Gerichtshöfen und wirklich festgestellt hat, dass es ein Eingriff in die Grundrechte ist. Und dementsprechend nicht gesetzlich ist. Es haben die österreichischen Bürger mit über 100.000 Unterschriften sich klar dagegen ausgesprochen, 11.000 haben gegen die Vorratsdatenspeicherung geklagt. Man hat leider in Paris auch feststellen müssen, dass die Vorratsdatenspeicherung eben gerade nicht das tut, was man sich von ihr erhofft hat, dass sie irgendwie in einer Art und Weise einer Prävention hilfreich ist. Man hat die Anschläge nicht verhindern können. Man hat in Österreich auch zum Zeitpunkt, wo es die Vorratsdatenspeicherung gegeben hat, sie zwar verwendet, aber kein einziges Mal zum Thema Terrorismus verwendet. Auch aktuell hat der Präsident des Verfassungsgerichtshofes wieder eben gezielt auf die aktuellen Überlegungen, Vorratsdatenspeicherung einzuführen, sich klipp und klar ausgesprochen und gesagt, diese ist aus gutem Grund gekippt worden, die Vorratsspeicherung, weil sie eben ungesetzlich ist. Was man eben auch wieder bedenken muss, da es einfach jetzt akut aktuell in der Diskussion ist, das würde mehrere Millionen Euro kosten, es würde dementsprechend die Bürgerinnen und Bürger mehrere Millionen Euro kosten und wie wir gerade durch die schrecklichen Ereignisse aber auch wissen, würde dieses Geld einerseits für den Personalstab der Polizei verwendet werden können, für Schulungen, Vernetzungen, Zusammenarbeit, eben für eine Prävention. Und aus unserer Sicht ist eben der einzige richtige Weg und die richtige Antwort kann einfach nur verstärkte Prävention sein und eben nicht mehr Überwachung und die Antwort muss eben sein, mehr Demokratie, mehr Bürgerrechte und eben keine Einschneidung von Bürgerrechten oder eben von Generalverdächtigung. Und da will ich noch gerne Benjamin Franklin zitieren sinngemäß: Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren. Und deswegen möchte ich den Grazer Gemeinderat auffordern, damit mit Weisheit oder mit weiser Voraussicht

voranzutreten und eine Petition an die österreichische Bundesregierung auszusprechen mit folgender Forderung:

Die Bundesregierung wird ersucht, eine neuerliche anlasslose Überwachung aller Mitbürgerinnen und Mitbürger durch Maßnahmen wie etwa der Vorratsdatenspeicherung zu unterlassen und sich auch innerhalb der EU einzusetzen. Dankeschön.

GR. Mag. **Moser** zur Dringlichkeit: Werte Zuschauerinnen und Zuschauer, werte Kollegen, lieber Kollege Pacanda! Als Polizeibeamter kann ich leider mit tränenden Augen diesem Antrag nicht zustimmen. Wir befürworten sehr die verstärkte Prävention, bedenken auch, dass wir grundsätzlich gegen Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte sind. Nachdem ich etwas mehr Einblick habe und mit Sicherheit sagen kann, also dass die Kollegen der Polizei gute Arbeit leisten und dass es in der Vergangenheit nur möglich war, aufgrund der Vorratsdatenspeicherung viele Straftaten aufzuklären und das sagen Ihnen die Polizei nicht und darüber wird auch in der Öffentlichkeit nicht berichtet. Daher können Sie sagen, aufgrund der Vorratsdatenspeicherung wurden keine Straftaten aufgeklärt beziehungsweise wurden Straftaten in Frankreich nicht verhindert. Die Vorratsdatenspeicherung und die Erkenntnisse daraus sind vertraulich, um eben das Gegenüber sozusagen oder die Straftäter nicht zu informieren, was hier alles läuft und was hier alles nachgewiesen wurde. Viele Straftaten, das habe ich schon gesagt, wurden aufgrund der Vorratsdatenspeicherung aufgeklärt und daher müssen wir entscheiden, wir haben auch im Klub lange diskutiert darüber und in dieser Zeit, wo wir steigende Kriminalitätsraten haben und gehabt haben, vor allem seit den 90er Jahren sind sie ja sehr stark gestiegen, befürworten wir die Vorratsdatenspeicherung (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Es ist wirklich ein Tag, wo man alle Bekenntnisse zu unseren Grund- und Freiheitsrechten nur bestätigen und festigen kann und auch aufrufen muss, dass wir alles tun, nochmals im friedlichen Zusammenleben, dass wir diese Grundrechte auch ausüben können. Dass wir insgesamt in der Gesellschaft eine Situation haben, wo wir uns, und bitte keine Einschränkung, diese Grund- und Freiheitsrechte auch leisten können. Wir haben vorgestern in Deutschland, jetzt stelle ich nicht ab auf das was mit dem Vorsitzenden der Pegida geschehen ist, sondern auf die Drohung gegen Einzelpersonen für die dortige Demonstration erlebt, dass sehr schnell eine Situation eintreten kann, wo primäre Grund- und Freiheitsrechte einfach nicht mehr ausübbar sind. Jetzt haben wir uns, wir, unsere Vor-, Vorfäter von der französischen Revolution angefangen über in Österreich über 1867 Staatsgrundgesetz, Einrichtung des Verfassungsgerichtshofes weit vor europäischen Konventionen oder der UN-Menschenrechtskonventionen ja schon hinaufgearbeitet. Aber Grund- und Freiheitsrechte, nochmals Dresden, sind nur dann möglich, wenn wir in einer Situation bleiben, die uns das auch ermöglicht die Ausübung. Jetzt komme ich zum Punkt, wenn sich bei den Überlegungen, die in Wien, in Brüssel, in Straßburg im Gange sind, herausstellt, dass wir ohne Generalüberwachung auskommen können, dann würden wir das auch sehr unterstützen. Wenn die Sicherheitslage in Europa so zu beurteilen ist, dass wir auch auf so eine verstärkte Überwachung von unschuldigen Menschen zurückgreifen müssen, dann würde ich im Interesse der Freiheit für uns einer höheren Chance für Frieden und Freiheit das befürworten. Das heißt, ich glaube, es ist nicht der Zeitpunkt, sich hier im Gemeinderat endgültig dafür festzulegen für oder dagegen, sondern wir werden jetzt einmal sehr aufmerksam die Diskussion in Brüssel, wiederhole, in Wien vorgestern der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, der sich auch bedenklich ausgesprochen hat für eine Überwachung, also es sind viele Argumente da, aber es ist, glaube ich, nicht der Zeitpunkt, wo wir hier uns empfehlend festlegen könnten oder sollten. Daher werden wir diesem Antrag die Zustimmung nicht erteilen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Philip! Herzlichen Dank für deinen Antrag, den wir sowohl bei der Dringlichkeit als auch vom Inhalt her sehr gerne unterstützen werden. Ich glaube, dass es bekannt ist, dass es auch grüne Position ist. Ich habe in den letzten Tagen sehr intensiv die Debatte verfolgt, die auch du zitiert hast, Peter, und es ist ja dort auch ganz klar worden, dass das auch nicht machbar ist, die Überwachung von allen Menschen. Und deshalb meine ich, dass diese Vorratsdatenspeicherung nicht nur unsere Freiheit einschränkt, sondern auch sinnlos ist von der Umsetzung her und wir sollten uns da wirklich nicht beschneiden lassen und deshalb von unserer Fraktion eine ganz klare Unterstützung für den dringlichen Antrag vom Philip Pacanda (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Ein paar Dinge möchte ich dazusagen und zwar zur Thematik, das soll die EU entscheiden. Ich finde das recht lustig, zumindest in meiner Sicht ist es relativ oft so, dass wir eben draufkommen, dass die EU ziemlich doofe Entscheidungen trifft und wir dann eigentlich versuchen, bessere Entscheidungen zu treffen und wir, glaube ich, noch viel näher an der Bevölkerung dran sind als irgendeine EU. Deswegen bin ich der Meinung, das wäre eigentlich ein Zeichen, wenn wir als Volksvertreter in Graz von Grazerinnen und Grazern da eine Meinung oder eine Position haben, dann können wir die Einrichtung Land und Bund vertreten in Richtung EU und der EU sagen, so wollen wir das oder so wollen wir das nicht. Also bin ich anderer Meinung. Dann noch zur Thematik, schade, dass der Herr Bürgermeister gerade nicht da ist, lieber Herr Piffli-Percevic, weil der hat nämlich gerade vorher gesagt, du hast gesagt, wenn so Generalverdacht nötig wäre, wenn es halt das Mittel ist, was wir brauchen, dann ist es



auch ok. Also dann wird man vielleicht zustimmen können. Der Bürgermeister hat grade noch vorher gemeint, er ist der Meinung, dass man überhaupt keinen Generalverdacht machen soll, Zitat aus der vorigen Diskussion eigentlich.

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist nicht der Terminus, dagegen verwehre ich mich.***

GR. **Pacanda:** Generalverdacht ist, wenn ich alle einfach einmal prinzipiell verdächtige. Ich wiederhole es nur. Und zum Kollegen von der FPÖ wollte ich noch sagen, das ist relativ interessant, wenn das Bundesministerium für Inneres nach die zitierten Fehlinformationen bei der Veröffentlichung von Abfragen bekanntgibt, weil die Anzahl der Abfragen wird vom BMI veröffentlicht. Das heißt, wenn das, was du gesagt hast, stimmt, dann würde das bedeuten, dass das Bundesministerium für Inneres Fehlinformationen dezidiert gezielt an die österreichische Bevölkerung ausschickt über Anfragen, zu der sie gesetzlich auskunftspflichtig ist. Da müsste man wahrscheinlich dann einmal darüber reden, ob das so stimmt, was ich nicht glaube. Ich hoffe trotzdem, dass sich das irgendwie ausgeht, bin mir nicht ganz sicher, weiß nicht, wie viele da sind, weil es ist ja heute recht dynamisch da herinnen mit den Mehrheiten. Aber danke schön auf jeden Fall.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***